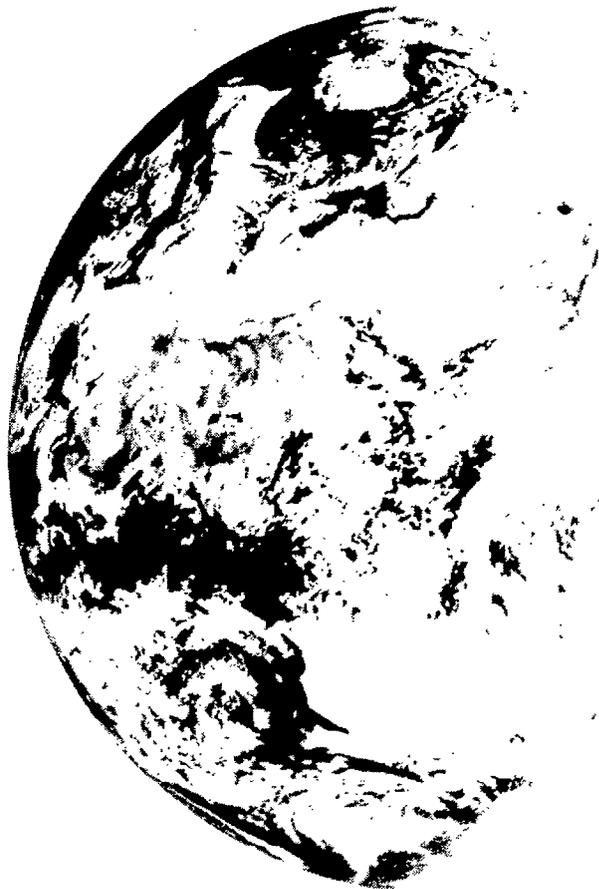


Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Vierteljahresheft • Jänner 1992





Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle

Vierteljahresheft • Jänner 1992
Jahrgang 19, Nr. 1

© 1992 International Journal of Government Auditing, Inc.

Die *Internationale Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle* wird vierteljährlich (im Januar, April, Juli und Oktober) im Auftrag der Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) herausgegeben und erscheint in Arabisch, Deutsch, Englisch, Französisch und Spanisch. Sie ist das offizielle Organ der INTOSAI und soll mithelfen, Verfahren und Methoden der staatlichen Finanzkontrolle zu fördern. Die in ihr enthaltenen Stellungnahmen und Meinungen entsprechen den persönlichen Ansichten der Redakteure bzw. der Verfasser der einzelnen Beiträge, müssen sich aber nicht immer mit der offiziellen Meinung der Organisation decken.

Artikel, Fachbeiträge und sonstige Mitteilungen werden an die Redaktion (editorial offices, c/o US General Accounting Office, Room 7806, 441 G Street, NW, Washington D.C. 20548 USA) erbeten (Fernsprechanruf: 202-275-4707, Telefax: 202-275-4021).

Da diese *Zeitschrift* vor allem in den weniger entwickelten Ländern auch als Lehrmittel dient, finden vornehmlich praxisorientierte Beiträge über die Rechnungsprüfung im öffentlichen Bereich Berücksichtigung. Dazu gehören beispielsweise Fallstudien, Vorstellungen über neue Prüfungsmethoden oder detaillierte Darlegungen über Schulungsprogramme für Rechnungsprüfer. Auf überwiegend theoretisch orientierte Beiträge wird bewußt verzichtet.

Die *Zeitschrift* wird weltweit an die Leiter derjenigen Obersten Rechnungskontrollbehörden verteilt, die in der INTOSAI mitarbeiten. Sonstige Interessenten können sie für jährlich US \$ 5.00 abonnieren. Der Zahlungs- und Schriftverkehr für alle Ausgaben ist an die Geschäftsleitung (Administration Office) der Zeitschrift zu richten — P.O.Box 50009, Washington, D.C. 20004, USA.

Alle in dieser *Zeitschrift* erscheinenden Beiträge werden im Sachregister des vom American Institute of Certified Public Accountants herausgegebenen *Accountants' Index* und in den *Management Contents* bibliographisch erfaßt. Bestimmte Beiträge werden auszugsweise auch durch die Anbar Management Services in Wembley, England, sowie von der University Microfilms International, Ann Arbor, Michigan, USA, veröffentlicht.

Inhalt

- | | |
|----|-------------------------|
| 1 | Leitartikel |
| 2 | Kurzmitteilungen |
| 8 | II. SPASAI Kongreß |
| 11 | Personalprüfung |
| 14 | Organisationsanalyse |
| 16 | EUROSAI-Seminar |
| 19 | Länderprofil-Rep. Jemen |
| 21 | Neuerscheinungen |
| 23 | INTOSAI Intern |
| 29 | Index 1991 |

Redaktionsbeirat

Dr. Tassilo Broesigke, Präsident, Rechnungshof, Österreich
L. Denis Desautels, Auditor General, Kanada
Hassine Cherif, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien
Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten
Jose Ramon Medina, Contralor General, Venezuela

Präsident der IZSF

Peter V. Aliferis (USA)

Chefredakteur

Donald R. Drach (USA)

Redakteurin

Linda L. Weeks (USA)

Redaktionelle Mitarbeiter / Außenredakteure

Hubert Weber (INTOSAI-Österreich)
Mark Hill (Kanada)
Egbert Kaltenbach (Bundesrepublik Deutschland)
Hisashi Okada (ASOSAI-Japan)
Luseane Sikalu (SPASAI-Tonga)
Sharma Ottley (CAROSAI-Trinidad und Tobago)
Abderrazak Smaoui (Tunesien)
Diane Reinke (USA)
Susana Gimón de Nevett (Venezuela)

Verwaltung

Sebrina Chase (USA)

Mitglieder des Präsidiums der INTOSAI

Heinz Günter Zavelberg, Präsident des Bundesrechnungshofes der Bundesrepublik Deutschland, Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
John C. Taylor, Auditor General, Australien, Erster stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
Charles A. Bowsher, Comptroller General, Vereinigte Staaten, Zweiter stellvertretender Vorsitzender des Präsidiums der INTOSAI
Tassilo Broesigke, Präsident des Rechnungshofes, Republik Österreich, Generalsekretär
Elias Soley, Contralor General, Republik Costa Rica
Esko Niskanen, Auditor General, Finnland
Istvan Hagelmayer, Präsident, Staatsrechnungshof, Ungarn
M. Jusuf, Chairman des Supreme Audit Board, Indonesien
David G. Njoroge, Controller und Auditor General, Kenia
Luz Aurea Saenz, Contralor General, Republik Peru
Eufemio Domingo, Chairman der Commission on Audit, Republik der Philippinen
M. Sulieman Abdalla Haggag, Auditor General, Sudan
Jocelyn Thompson, Auditor General, Trinidad und Tobago
Hassine Cherif, Erster Präsident, Rechnungshof, Tunesien

Die Richtlinien der INTOSAI als „Lebende Dokumente“

Verehrte Kolleginnen und Kollegen!

An anderer Stelle in dieser Ausgabe der Zeitschrift werden Sie einen Bericht über die Ergebnisse der INTOSAI Präsidialtagung finden, die im Oktober des vergangenen Jahres in Washington stattgefunden hat.

Als Vorsitzender des Komitees der INTOSAI für die Richtlinien der Finanzkontrolle hat es mich mit großer Genugtuung erfüllt, daß das Präsidium die ihm vom Ausschuß zur Begutachtung vorgelegte und überarbeitete Version der Richtlinien für Finanzkontrolle angenommen hat.

Wie Sie sich erinnern werden, wurde diese Überarbeitung aufgrund eines Mangels der von unserem französischen Kollegen, Herrn Chandernagor, beim INCOSAI Kongreß in Berlin aufgezeigt wurde, notwendig sowie aufgrund weiterer Unzulänglichkeiten, die in der damaligen Version der Richtlinien existierten und zwar in der Form, als sie nicht der tatsächlichen Situation aller Rechnungskontrollbehörden entsprachen, so wie beispielsweise der des französischen Rechnungshofes.

Dank der Anstrengungen unseres belgischen Kollegen, Herrn Richard Leclercq, der dem Komitee nur zu diesem Zweck beigetreten war und anderer Komiteemitglieder, sind die überarbeiteten Richtlinien bereits im Druck (was dankenswerterweise von der ORKB der Vereinigten Staaten, dem General Accounting Office, übernommen wurde) und sie werden beim nächsten Weltkongreß (XIV INCOSAI) in Washington im Oktober 1992 in den fünf INTOSAI-Sprachen verfügbar sein.

Seit dem INCOSAI in Berlin wurden uns weitere sehr wertvolle Vorschläge zur Verbesserung der Richtlinien zugetragen und das Komitee für die Richtlinien der Finanzkontrolle ist nun dabei, diese zur Begutachtung vorzubereiten, um sie nach Beendigung des INCOSAI in Washington einzuführen.

Es ist von großer Bedeutung, daß die INTOSAI in periodischen Abständen wichtige Dokumente zu Themen wie Richtlinien der Finanzkontrolle, Interne Kontrolle, Rechnungsprüfung, Schulden der öffentlichen Hand und EDV veröffentlicht (und falls notwendig überarbeitet). Das Präsidium hat einen *Modus operandi* vorgeschlagen, um die regionalen Arbeitsgruppen regelmäßig über die Entwicklungen der vom Präsidium in diesem Bereich unternommenen Anstrengungen informieren zu können, um so allen Mitgliedern die Möglichkeit zu geben, zwischen den Kongressen wirksam mitarbeiten zu können. Dies wird dazu führen, daß die Rolle der INTOSAI als leitendes Organ noch wirksamer als in der Vergangenheit sein wird.

Ich unterstütze die Initiative des Präsidiums in dieser Hinsicht voll, die darauf abzielt, Änderungen bei der künftigen Zusammensetzung des Präsidiums so zu gestalten, daß die regionalen Arbeitsgruppen und verschiedenen Finanzkontrollsysteme stets im Präsidium vertreten sind.

Nun zu einem anderen Thema. Ich möchte dem Vorsitzenden des neuen Komitees für Staatsschulden, unserem mexikanischen Kollegen, Herrn Javier Castillo Ayala, herzlich gratulieren. Die Arbeit, die diese Gruppe bereits als Unterausschuß des Komitees für die Richtlinien der Finanzkontrolle geleistet hat, war bereits qualitativ so hochstehend, daß wir im vollen Vertrauen auf ausgezeichnete Resultate in der Zukunft hoffen dürfen. Ferner möchte ich Herrn Shri C.G. Somiah aus Indien, dem Vorsitzenden des jüngsten Ausschusses der INTOSAI für EDV-unterstützte Finanzkontrolle, ebenfalls meinen Glückwunsch aussprechen.

Zum Abschluß erlauben Sie mir Ihnen für 1992 meine besten Wünsche auszudrücken.

Hochachtungsvoll



J.C. Taylor
Auditor General von Australien

Kurzmitteilungen

Australien

Veröffentlichung des Jahresberichtes 1990 bis 1991

Der Jahresbericht über die Tätigkeit der ORKB Australiens, Australian National Audit Office (ANAO), wurde dem Parlament am 2. Oktober 1991 übermittelt. Er informiert auf über 200 Seiten über Angelegenheiten wie die Reform der australischen ORKB, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Prüfungen der Abschlüsse, Informationstechniken, Prüfungsrichtlinien und Entwicklung der Prüfungen sowie die Beziehungen zum Parlament. Ferner enthält der Bericht zahlreiche Diagramme, Tabellen und Fotografien.

In einem Einleitungsteil („Highlights of the Year“), werden die wichtigsten Leistungen des Amtes aufgezeichnet wie beispielsweise: Ein Entwurf der Regelungen des neuen Finanzkontrollgesetzes; Bericht über die Erhöhung der Anzahl der durchgeführten Prüfungen von 311 auf 416; weitere Vertiefung der Beziehungen zwischen den Beamten der australischen ORKB und den Sekretären der Parlamentsausschüsse sowie eine Überarbeitung der Prüfungsverfahren und deren Handbücher.

Für den Bereich der Wirtschaftlichkeitsprüfungen verzeichnet der Bericht einen Anstieg der für die Wirtschaftlichkeitsprüfungen verwendeten Mittel von 14 % auf 34 % und aufgrund der Erhöhung der zur Verfügung stehenden Haushaltsmittel konnten im Zeitraum 1990/91 fünfzehn Prüfungsberichte bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen angefertigt werden, im Vergleich zu nur vier im Zeitraum 1989/90. In vier der fünfzehn Berichte wurden Einsparungsmöglichkeiten in der Höhe von 22 Millionen \$ jährlich geortet, die durch die Einhaltung der Empfehlungen der australischen

ORKB seitens der überprüften Stellen nach und nach eingespart werden könnten. Der Bericht vermerkt außerdem ein hohes Maß an Akzeptanz der Empfehlungen der australischen ORKB seitens der überprüften Stellen.

Hinsichtlich der Rolle der australischen ORKB bei der Prüfung der Abschlüsse erklärte die Regierung, daß der Leiter der ORKB der einzige externe Prüfer für Organisationseinheiten sei, die sich im Besitze des Commonwealth befinden oder von ihm kontrolliert werden, einschließlich staatlicher Unternehmungen und gesetzlicher Absatzbehörden. Der Jahresbericht der ORKB Australiens verweist jedoch auf einen speziellen Bericht mit dem Titel „Mögliche Aushöhlung der Rechenschaftspflicht“, der der Besorgnis darüber Ausdruck gibt, daß „...der Leiter der ORKB als alleiniger externer Prüfer ein reines Lippenbekenntnis darstellt“.

Mäßige Fortschritte wurden bei der Entwicklung des neuen Rechnungshofgesetzes („Auditor General Act“) erreicht, um das Rechnungshofgesetz des Jahres 1901 zu ersetzen. Das neue Gesetz kann nicht vor Juli 1993 in Kraft treten (vier Jahre, nachdem die gemischte Kommission für den Staatshaushalt dessen Erarbeitung empfohlen hatte). Darüberhinaus vermerkt der Jahresbericht, daß das vorgeschlagene Gesetz die wichtigste der empfohlenen Reformen nicht beinhaltet. Der Anhang Nr. 15 des Jahresberichtes beschäftigt sich mit den mehr als hundert Empfehlungen, listet diese auf sowie beinhaltet die Äußerungen der ORKB und der Regierung zu diesen sowie Kommentare der ORKB zu den ergriffenen Maßnahmen.

Für weitere Informationen über diesen Bericht wenden Sie sich bitte an: Australian National Audit Office, GPO Box 707, Canberra ACT, Australien.

Bhutan

Neuer Leiter der ORKB

Dasho Sonam Tobgye, Leiter der ORKB Bhutans seit 1985 wurde zum Leiter des Obersten Gerichts Bhutans bestellt. Zu seinem Nachfolger wurde Dasho Kipchu Dorji bestellt, der 1977 bis 1985 stellvertretender Leiter der ORKB war. Vor seiner Bestellung zum Leiter der ORKB war Dasho Dorji als Vertreter der Regierung im königlichen Beratungsausschuß sowie als Gouverneur einer der größten Provinzen.

Fidschi

Wiedereinsetzung des öffentlichen Rechnungsprüfungsausschusses

Der Jahresbericht für 1989 der ORKB Fidschis informiert darüber, daß der parlamentarische öffentliche Rechnungsprüfungsausschuß, der seit der Auflösung des Parlaments 1987 nicht mehr bestand, wieder neu eingesetzt wurde. Das Regierungskabinett bestellte acht Mitglieder des Rechnungsprüfungsausschusses, um die Berichte der ORKB zum öffentlichen Rechnungswesen zu überprüfen. Von besonderem Interesse und Bedeutung ist die Bestellung des Vorsitzenden des Komitees, von Herrn Tamesar Bhim, der mehrere Jahre hindurch ganz ausgezeichnet das Amt des ersten Leiters der ORKB von Fidschi innehatte.

Zum erstenmal in der Geschichte des Amtes für Rechnungsprüfung wurde der Jahresbericht in zwei Bänden veröffentlicht. Der erste Band beschreibt den Aufbau der ORKB und der Befugnisse sowie eine kurze Beschreibung der Kontrolle und Verwaltung des öffentlichen Finanzwesens; ferner beschäftigt er sich mit dem Rechnungsabschluß der Regierung von Fidschi für das Jahr,

das am 31. Dezember 1989 endete und eine Prüfungsbeurteilung desselben. Der zweite Band beschäftigt sich mit den Ergebnissen der Kontrolle des Rechnungswesens und der Unterlagen der einzelnen Ministerien und Ressorts.

Weitere Informationen über den Jahresbericht sind unter folgender Adresse erhältlich: Office of the Auditor General of Fiji, P.O.Box 2214, Suva, Fidji.

Kanada

Jahresbericht vorgelegt

Der Jahresbericht für 1991 wurde vom Leiter der ORKB Kanadas dem Abgeordnetenhaus am Dienstag, den 3. Dezember 1991, vorgelegt. Dies war der erste Bericht von Denis Desautels, der im April 1991 für eine Amtszeit von zehn Jahren zum Auditor General bestellt wurde (siehe Juliausgabe der Zeitschrift für Internationale Finanzkontrolle).

In der Einleitung zum Bericht („Angelegenheiten von spezieller Bedeutung und Interesse“) gibt Herr Desautels eine Reihe von Denkanstößen. Er weist daraufhin, daß der Bericht sich mit einigen der zentralen Fragen des Landes beschäftigt: Die Beziehung zwischen Regierung und Urbevölkerung, der Bedarf einer besseren Koordinierung zwischen Regierung und der sich überschneidenden Rechtsprechung, der Umweltschutz und das Defizit. Das Kapitel enthält vorrangig zwei Mitteilungen. Die erste betrifft die Tatsache, daß Mittel und Wege gefunden werden müssen, um auf wirkungsvolle Weise Programme auszuarbeiten, die verschiedenen Ebenen der Regierungsarbeit zu koordinieren. Zweitens, die Notwendigkeit für den öffentlichen Sektor, bessere und genauere Rechnung über mit Steuermitteln erzielte oder nicht erzielte Resultate zu legen. Er verwies darauf, daß eine derartige Rechnungslegungspflicht dem Parlament bei einer ergebnisorientierten Beurteilung für die Zuweisung knapper Mittel dienlich sein könnte.

Der Bericht umfaßt mit seinen 21 Kapiteln mehr als 500 Seiten. Er beinhaltet 19 Prüfungsberichte hinsichtlich 14 verschiedener Organisationseinheiten

sowie 17 Beiträge über früher erstellte Prüfungsberichte. Zwei Spezialstudien wurden durchgeführt: Eine über das System der Rechenschaftspflicht für im Besitze der Krone befindliche Gesellschaften und die andere über Innovationsmöglichkeiten innerhalb des Kontrollsystems des Parlaments. Die vier auf Regierungsebene durchgeführten Spezialprüfungen beschäftigten sich mit folgenden Themen: Qualität der Konstruktion von Kapitalprojekten, Verwaltung des Fahrzeugparks, Schuldenmanagement und Angestelltenpensionen, Finanzverwaltung sowie die Kontrolle von nichtsteuerpflichtigen Einkünften. Zusätzlich wurde über elf umfassende Prüfungen Bericht erstattet.

Als Reaktion auf die Empfehlungen des Rechnungsprüfungsausschusses erarbeitete das Amt eine erste Studie über die Folgen der Vergabe von Regierungsaufgaben an den privaten Sektor (contracting out). Im konkreten handelte es sich um das Übersetzungsbüro des Außenministeriums. Die Prüfung ergab, daß die Fremdvergabe zwar die Kosten gesenkt hatte, jedoch negative Auswirkungen bezüglich der Mitarbeiter und der Qualität der Übersetzungen zu verzeichnen waren. Jedoch ist zu berücksichtigen, daß keine umfassende Analyse erstellt wurde, um die letztendlichen Vorteile der Fremdvergabe festzulegen. Dieses Thema wird weiterhin ein wichtiges Anliegen im Zusammenhang mit der Initiative der kanadischen Regierung zur Reform des öffentlichen Dienstes sein (öffentlicher Dienst 2000).

Eine im Zusammenhang damit stehende Herausforderung ist die Frage der Übereinstimmung der Reformen mit den Erfordernissen der parlamentarischen Kontrolle. Die Spezialstudie zur Frage der Innovation des parlamentarischen Kontrollsystems beschäftigt sich mit Initiativen leitender Beamter des Ressorts für Fischerei- und Meeresfragen, Dienstleistungen für den Steuerzahler billiger werden zu lassen. Die Anwendung von Tauschgeschäften (wie zB die Gewährung von Fischereilizenzen als Gegenleistung für eine staatliche Nutzung privater Fischereischiffe) ist als Finanzierungsform nur schwer den der-

zeit geltenden parlamentarischen Gepflogenheiten anzupassen. In den folgenden Jahren wird die ORKB weiterhin nach Verbesserungsmöglichkeiten suchen und wird sehr aufmerksam die Fortschritte des Projekts öffentlicher Dienst 2000 verfolgen.

Der Leiter der ORKB verfolgte auch weiter die Frage der Zugriffsverweigerung auf Unterlagen über die Reiseausgaben der Minister, die bereits von seinem Vorgänger aufgeworfen war. Obwohl der Rechnungsprüfungsausschuß das Recht der ORKB auf Zugriff auf diese Information, die er zur Erfüllung seiner Aufgaben laut Finanzkontrollgesetz benötigt, unterstützt, konnte diese Frage noch nicht gelöst werden.

Die Reaktionen der Presse auf diesen Bericht waren ausgeglichen. Das Interesse der Parlamentsabgeordneten an den aufgeworfenen Fragen war rege und hielt bis zur Weihnachtspause des Abgeordnetenhauses an. Für das Frühjahr rechnet die ORKB mit einer großen Anzahl von Behandlungen der Berichte vor dem Rechnungsprüfungsausschuß.

Der Jahresbericht ist kostenlos auf englisch oder französisch bei der ORKB Kanadas erhältlich (Auditor General of Canada, attention, Mark Hill, 240 Sparks Street, Ottawa, Ontario, Kanada K1A 0G6).

Neuseeland

Jahresbericht 1990-91

Im jüngsten Jahresbericht der ORKB Neuseelands werden die zahlreichen Reformen, die auf dem Sektor der öffentlichen Finanzverwaltung stattgefunden haben beleuchtet, und auf deren Auswirkungen auf die ORKB besonders eingegangen. „Die Reformen und die dadurch sich verändernden Standpunkte haben es notwendig gemacht, die Umwelt in der wir arbeiten, neu einzuschätzen und unsere längerfristigen Pläne hinsichtlich der Erfüllung unserer Aufgaben neu zu überarbeiten. Zusätzlich ist verstärkt die Tendenz zu beobachten, einzelne Aufgaben dem Kompetenzbereich der ORKB zu entziehen und zwar durch die Gründung von Organisationsgesellschaften, Treuhandverhältnissen

und anderen gesetzlich getrennten juristischen Personen."

In Verfolgung der Anstrengungen auf dem Gebiet der Leistungsbeurteilung (siehe diese Zeitschrift, Juliausgabe 1990, S 12) vermerkt der Bericht, daß die Notwendigkeit, die Leistungserfüllung darzustellen, einen großen Schritt in Richtung Rechenschaftspflicht der Organisationen der öffentlichen Hand darstellt. Die ORKB hat bereits vor einigen Jahren festgestellt, daß reine Finanzdaten alleine nur eine sehr beschränkte Darstellung der Wirtschaftlichkeit einer Organisation bieten und daß eine unabhängige Kontrolle dieser Zusatzinformation im großen Maße dazu beiträgt, die Verlässlichkeit, die seitens des Parlaments oder anderer interessierter Stellen diesem Bericht beigemessen wird, zu erhöhen.

Hinsichtlich der Beziehungen der ORKB mit dem Parlament wäre zu berichten, daß im letzten Jahr drei allgemeine Berichte dem Repräsentantenhaus vorgelegt wurden, sowie Berichte zu fünf Studien über Kostenwirksamkeit sowie andere Spezialprojekte. Besonders wurde auf eine Studie hingewiesen, die sich mit der Verwaltung der Hochseefischerei beschäftigt, und deren Ergebnisse in einem gemeinsamen Bericht mit den parlamentarischen Sonderbeauftragten für Umweltfragen zusammengefaßt wurden. Ferner wurde die Möglichkeit angesprochen, in Zukunft mit Beamten des Parlaments häufiger zusammenzuarbeiten.

Der Jahresbericht spricht auch die Rolle der ORKB innerhalb des Staates an. Der Bericht meint: „Die Gesetzesgrundlage auf der die Arbeit der ORKB basiert, ist veraltet und in sehr wichtigen Aspekten vollkommen unzureichend. Im Einklang mit den erfolgten Reformen (im Rahmen der Verwaltung) benötigt die ORKB ein neues Mandat vom Parlament im Hinblick auf jene Erwartungen, die das Parlament sowie die Öffentlichkeit an die Prüfer stellt. Ferner birgt die Art und Weise, in der das Prüfungsmandat der ORKB festgelegt wurde, die Gefahr in sich, daß ein ständig wachsender Teil der Tätigkeiten des öffentlichen Sektors ihrer Zuständigkeit entzogen

werden kann und zwar einfach dadurch, daß die betreffende Tätigkeit einer anderen Organisationsform unterstellt wird“.

Die internationale Bedeutung der ORKB sowie ihre Rolle innerhalb der INTOSAI wird ebenfalls beleuchtet. „Die Aufrechterhaltung ausländischer Kontakte, sei es durch persönliche Besuche oder die Teilnahme an Konferenzen bietet stets eine gute Gelegenheit für engere Beziehungen mit Kollegen aus der ganzen Welt, sowohl für den Meinungsaustausch über die Rolle der gesetzlichen Rechnungskontrollbehörden als auch für einen Meinungsvergleich über internationale Angelegenheiten und Trends. Die jüngsten Reformen in der Verwaltung des öffentlichen Sektors in Neuseeland haben beachtliches internationales Interesse und Bewunderung hervorgerufen. Es ist sicher der Mühe wert, die Erfahrungen, die im Zusammenhang mit diesen Reformen gewonnen wurden, sowie die Konsequenzen, die sich für die Vorgangsweise der Kontrollbehörden ergeben, zu teilen.“

Weitere Informationen über diesen Bericht sind unter folgender Adresse erhältlich: The Audit Office, P.O.Box 3928, Wellington, New Zealand.

Norwegen

Jubiläum 175 Jahre ORKB

Am 22. Juni 1991 wurde der 175igste Jahrestag der ORKB Norwegens (Riksrevisjonen) begangen. König Harald von Norwegen nahm an den Feierlichkeiten, die in der Aula des Hauptgebäudes der Universität Oslos abgehalten wurden, teil. Ferner waren Vertreter der drei Regierungsstellen anwesend: Der Präsident der Nationalversammlung, Jo Benkow; Premierministerin Gro Harlem Brundland; sowie der Präsident des Obersten Gerichtshofs, Carsten Smith.

Zahlreiche Leiter anderer ORKB sowie Vertreter von Regionalorganisationen waren ebenfalls bei den Feierlichkeiten anwesend, beispielsweise: Die Leiter aller ORKB nordischer Staaten; der Vorsitzende des Präsidiums der INTOSAI und Präsident des deutschen Bundesrechnungshofes, Dr. Heinz Günter Zavelberg; der Generalsekretär der INTOSAI und Präsident des österreichischen Rechnungshofes, Dr. Tassilo Broesigke; ein Vertreter des Generalsekretärs der EUROSAI; sowie der Präsident des niederländischen Rechnungshofes, Herr Frans Kordes. Ferner wohnte die gesamte Beamtenschaft der Riks-



Am 19. Juni 1991 fanden die Feierlichkeiten anlässlich des 175jährigen Bestehens der ORKB Norwegens (Riksrevisjonen) in der Aula der Universität Oslo statt. Stehend in der Mitte von links nach rechts: König Harald, Norwegen; und Bjarne Mork Eidem, Auditor General, Norwegen.

revisjonen sowie Vertreter der norwegischen Ministerien den Jubiläumsfeiern bei.

Im Anschluß an die Feierlichkeiten in der Universität Oslo gab der Auditor General, Bjarne Mork Eidem, einen Empfang für alle ausländischen Gäste sowie Ehrengäste und die Vertreter der verschiedenen Behörden im Ibsen Raum, des Sitzes der norwegischen ORKB. Der Ibsen Raum ist nach dem bekanntesten norwegischen Bühnenautor, Henrik Ibsen, benannt, der in diesem Raum in den Jahren 1891 bis 1895 gelebt und gearbeitet hat. Die ORKB benützt diesen Raum nun für Zusammenkünfte des Rats der Leiter der ORKB.

Riksrevisjonen in den letzten 20 Jahren

In der 175jährigen Geschichte der Riksrevisjonen haben sich verständlicherweise gravierende Veränderungen ergeben, wobei viele davon in den letzten 20 Jahren erfolgten. Eine der bedeutendsten Neuerungen war die Gründung von zwei neuen Abteilungen sowie eines leitenden Verwaltungsrates, der sich aus dem Leiter der ORKB und sechs Generaldirektoren zusammensetzt. Die beiden neuen Abteilungen spiegeln Veränderungen in der allgemeinen Verwaltungsstruktur wider und haben stark an Bedeutung zugenommen. Die eine prüft die verstaatlichten Gesellschaften sowie die Aktivitäten am Erdölsektor und die andere stellt fachliche Unterstützung auf den Gebieten der Planung, der Berichterstattung, der Informationstechniken und der internen Fortbildung zur Verfügung.

Im allgemeinen wurde in den letzten zwei Jahrzehnten dem Verwaltungsmanagement innerhalb der Riksrevisjonen wesentlich stärkere Bedeutung beigemessen, beispielsweise durch verbesserte Kommunikation zwischen den einzelnen Abteilungen, verstärktem Interesse am Ausbau von Fachwissen durch Fortbildung und Erfahrungsaustausch sowie durch verstärkte internationale Zusammenarbeit.

Weitere Informationen unter folgender Adresse: Office of the Auditor General, Riksrevisjonen, Postboks 8130 DEP, 0032 Oslo 1, Norway.

St. Kitts und Nevis

Neue Rechnungs-kontrollgesetzgebung

Der Jahresbericht für 1990 des Leiters der ORKB beinhaltet die Nachricht, daß ein neues Finanzkontrollgesetz von der Nationalversammlung verabschiedet wurde. Das neue Finanzkontrollgesetz berücksichtigt eine Reihe von Mängeln, die in früheren Berichten der ORKB beanstandet wurden. Das Prüfungsfeld wurde beispielsweise um Wirtschaftlichkeitsprüfungen erweitert. Das Gesetz versieht die ORKB weiters mit einem verstärkten Zugriffsrecht auf öffentlich rechtliche Körperschaften sowie auf verstaatlichte Unternehmen. Gleichzeitig wird dem Leiter der ORKB verstärkte Selbstbestimmung bei der Personaleinstellung und in budgetären Angelegenheiten eingeräumt.

Der Bericht geht auch auf andere Themen ein, die in früheren Prüfberichten angesprochen wurden, wie beispielsweise die Einsetzung eines neuen Rechnungsprüfungsausschusses. Zum erstenmal seit zwanzig Jahren wird in der Föderation ein derartiger Ausschuß seine Tätigkeit innerhalb des Verfahrens der öffentlichen Rechenschaftspflicht ausüben.

Für näher Informationen über jüngste Ereignisse in der ORKB von St. Kitts und Nevis wenden Sie sich bitte an: Director of Audit, National Audit Office, P.O.Box 19, Basseterre, St. Kitts, West Indies.

Vereinigtes Königreich

Jahresbericht 1991 veröffentlicht

Im Jahresbericht 1991 des National Audit Office (NAO), die ORKB des Vereinigten Königreiches, ist besonders die Tatsache hervorzuheben, daß das NAO dazu beigetragen hat, dem britischen Steuerzahler rund 230 Mio Pfund einzusparen, was beinahe das siebenfache des gesamten Betriebs des NAO ausmacht. Ferner wurde bekanntgegeben, daß geplant sei, die bereits hohe Zahl von 43 jährlich durchgeführten Untersuchungen auf 50 zu erhöhen, ohne jedoch das Personal aufzustocken.

Unter die Einsparungen und Wieder-

einbringungen der einzelnen Ressorts, die dank der Arbeit des NAO erzielt werden konnten, fallen auch Einsparungen in der Höhe von mehr als 1 Million Pfund für das Zentralbüro für Information bezüglich ihrer Verträge mit Werbeagenturen sowie eine Einsparung von 1,5 Millionen Pfund im Finanzministerium für die Produktionskosten von Münzen, da den Empfehlungen des NAO bezüglich der königlichen Münzprägestätte folge geleistet wurde. In der Zukunft kann erwartet werden, daß die Telefonkosten beim National Health Service (nationales Gesundheitssystem), die jährlich 100 Mio Pfund betragen, aufgrund der vom NAO durchgeführten Ermittlungen gesenkt werden können. Das NAO kam zum Schluß, daß mit hoher Wahrscheinlichkeit die meisten Gesundheitsbehörden und Krankenhäuser ihre Kosten zwischen 10 und 13 Prozent senken könnten. Um dieses Ziel zu erreichen gab in der Folge das nationale Gesundheitssystem die vom NAO ausgearbeiteten Richtlinien, an die einzelnen Stellen und Bezirksorganisationen weiter.

Hinsichtlich des Themas der Qualität der Dienstleistungen für die Öffentlichkeit erklärte Comptroller und Auditor General, Sir John Bourn, folgendes: „Die vom NAO durchgeführten Prüfungen richten sich nicht nur auf eine Kosteneinsparung, sondern versuchen Mittel und Wege zu Verbesserungen aufzuzeigen und die Qualität zu heben. Um dieses Ziel zu erreichen, haben wir die Anzahl unserer Berichte, die sich mit der Qualität von Dienstleistungen beschäftigen, erhöht. Derzeit sind mehr als zwanzig Untersuchungen im Laufen, in denen die Qualität der Dienstleistungen für die Öffentlichkeit im Mittelpunkt steht, oder zumindest ein wichtiges Thema darstellt“. Das NAO hat in den letzten Jahren verstärkt Anstrengungen unternommen, um zu untersuchen, auf welche Weise die Arbeitskraft der staatlichen Mitarbeiter am besten genutzt werden könne. Hinsichtlich dieses Themas erklärte Sir John: „Zu häufig werden Ziele nur sehr ungenau gesetzt, was dazu führt, daß deren Beurteilung fast unmöglich ist. Die Öffentlichkeit muß Vertrauen in die von den einzelnen Ressorts und Behörden er-

stellten Leistungsberichte haben können – und das NAO spielt dabei die Schlüsselrolle, dieses Vertrauen glaubhaft erscheinen zu lassen“.

Für zusätzliche Information über den Jahresbericht 1991 des NAO wenden Sie sich bitte an: National Audit Office, Information Center, 157-197 Buckingham Palace Road, Victoria, London SW1W9SP, England.

Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaft

Veröffentlichung des Jahresberichtes 1990

Unter Hinweis auf die jüngsten umwälzenden Entwicklungen in Europa beginnt der Jahresbericht für 1990 des Rechnungshofes der Europäischen Gemeinschaft mit einem Einleitungskapitel, in dem der Rechnungshof zu Themen, die seiner Meinung nach für die zukünftige Entwicklung der Institutionen und der Politik der Gemeinschaft relevant sind, Überlegungen anstellt. Unter Berücksichtigung der Pläne zur Einführung des Binnenmarktes in der Region mit dem Jahr 1993 stellt der Bericht fest, daß „die Erlangung eines geeigneten Grades wirtschaftlicher Spannweite, einer der Schlüsselemente des Fortschritts, von der Fähigkeit der Gemeinschaft abhängen wird, die Mittel, die ihr zur Verfügung stehen, klug einzusetzen. Ohne jeden Zweifel ist jedoch bereits klar – und einige Anzeichen gibt es dafür bereits in dem vorliegenden Bericht – daß für den Haushaltsvoranschlag der Gemeinschaft eine extrem schwierige Periode begonnen hat“.

Der Bericht setzt sich in der Folge mit Themen der Finanzverwaltung und der Rechnungskontrolle auseinander, die reformbedürftig sind. In Kapitel zehn beispielsweise vermerkt der Rechnungshof, daß er den Erfolg der wirtschaftlichen und industriellen Ziele gewisser Darlehensprojekte nicht zu seiner Zufriedenheit nachvollziehen konnte, da nachprüfbar Kriterien fehlten. Das Kapitel, das sich mit der Hilfe für Zentral- und Osteuropa beschäftigt, zeigt deutlich, daß eine große Menge an

Lebensmittellieferungen, die an Polen ohne vorangehende Analyse der tatsächlichen Notwendigkeit erfolgte, eigentlich nicht benötigt wurden.

Andere Kapiteln beschäftigen sich mit der Zusammenarbeit bei der Entwicklungshilfe und beleuchten die Schwächen der Verwaltung und Kontrolle finanzieller Mittel, die auftreten können, wenn Dritte bei der Durchführung und Verwaltung von Entwicklungsprojekten involviert werden. Der Rechnungshof empfiehlt, daß die Kommission der Gemeinschaft sich dessen versichern sollte, daß der dritte Partner über die notwendigen Möglichkeiten verfügt, die erhaltenen Mittel zu verwalten und über deren Verbrauch auch Bericht zu erstatten und daß die Kommission selbst über ausreichende Möglichkeiten, Verfahren und Systeme verfügt, um gründliche Vorschläge für die Verwaltung der physischen und finanziellen Durchführung von Entwicklungsprojekten auszuarbeiten und die von den Begünstigten gesetzten Maßnahmen wirksam zu überprüfen.

Die Anstrengungen des Rechnungshofs bezüglich der Bewertung der Wirksamkeit der Follow-up-Systeme der Prüfungen sind ebenfalls ein im Bericht zur Diskussion gestelltes Thema. Eine Auswahl von fünfzig Feststellungen der Jahres- und Sonderberichte aus dem Zeitraum 1983 bis 1988 des Rechnungshofes wurde getroffen und ein Fragebogen wurde der Generaldirektion für Landwirtschaftsfragen zugesandt. Die Antworten waren unvollständig und teilweise von geringem Wert. Es war unklar, welche Handlungen gesetzt wurden, wenn überhaupt, um die aufgezeigten Schwachpunkte zu sanieren. Der Rechnungshof empfiehlt in seiner Zusammenfassung, daß die Kommission besondere Maßnahmen ergreifen soll, um wirksame Folgemaßnahmen für Prüfungsergebnisse zu überwachen und zu garantieren.

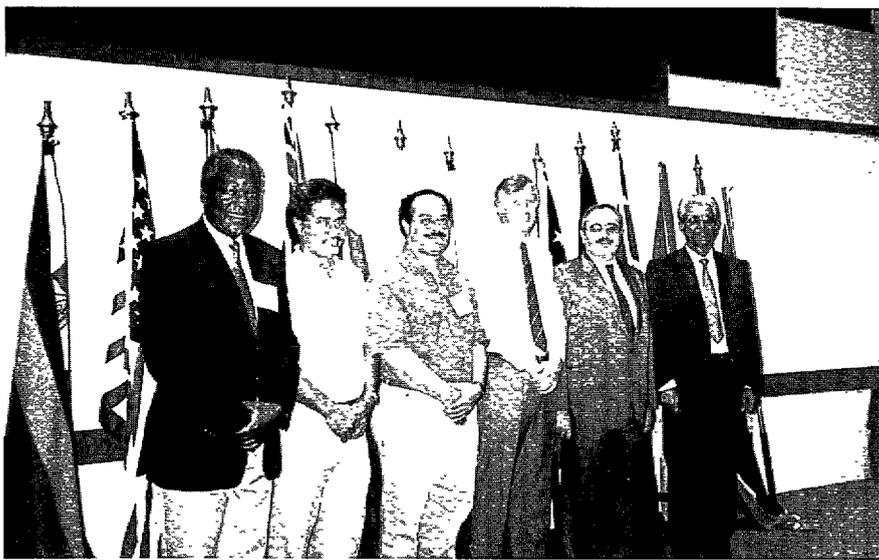
Nähere Informationen über diesen Bericht sind erhältlich unter folgender Adresse: Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften, 12, rue Alcide de Gasperi, L-1614 Luxembourg.

Internationales Konsortium für staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung

Internationale Konferenz in Australien

Vom 12. bis 15. November 1991 nahmen mehr als 900 Haushaltsfachleute innerhalb der Verwaltung aus 22 Ländern an der internationalen Konvention staatlicher Rechnungsführer in Brisbane, Australien, teil; unter ihnen zahlreiche Leiter von ORKB (siehe Photo). Unter der Schirmherrschaft sowohl der australischen Gesellschaft für beeidete Wirtschaftsprüfer und des internationalen Konsortiums für staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung (International Consortium of Government Financial Management; ICGFM) beschäftigten sich die Plenarsitzung sowie alle anderen mit dem Thema „Meinungsaustausch: Innovative Rolle der staatlichen Rechnungsführer“.

Innerhalb dieses Themenkreises gingen einige der Plenarsprecher auf die sich verändernde Rolle der staatlichen Rechnungsführer ein. In seiner Eröffnungsansprache widmete Herr Wayne Goss, Premierminister des Staates Queensland, seine Aufmerksamkeit der Funktion, die der staatliche Rechnungsführer übernehmen müsse, um zur Reform der Programme des öffentlichen Sektors beizutragen und die Bereitschaft zur Rechenschaftspflicht zu verstärken. Er verwies besonders auf die Tatsache, daß dieses Thema ständig an Bedeutung gewinnt, da bei den internationalen Finanztätigkeiten immer stärkere Querverbindungen bestehen. Dieser Gedanke wurde später auch in dem vom Auditor General des Staates Victoria, Ches Baragwanath, gehaltenen Hauptreferat aufgegriffen, in dem er den Teilnehmern eine Übersicht der Entwicklungen und Herausforderungen bot, die sich bei der „Harmonisierung von internationalen Buchführungsnormen des öffentlichen Sektors“ ergeben hatten. Noel Hepworth, Direktor des Instituts für öffentliches Finanz- und Rechnungswesen des Vereinten Königreichs und Präsident des ICGFM widmete sich jenen



Teilnehmer von neun verschiedenen ORKB waren bei der Konferenz anwesend. Hier abgebildet von links nach rechts: Herr Harid, Simbabwe; Herr Metia, Tuvalu; Herr Tui'Onetoa, Tonga; Herr Jacobs, Australien; Herr Gonul, Türkei; und Herr Ahsan, Pakistan. (Hier nicht abgebildet sind die Teilnehmer aus Hongkong, Papua Neuguinea und Rumänien.)

Veränderungen in den Erwartungen der Bürger, die diese in ihre Regierungen setzen, sowie den Auswirkungen, die diese Veränderungen auf die verantwortlichen Funktionäre in der öffentlichen Verwaltung haben.

Das gleichzeitig stattfindende Fachprogramm war in einzelne Fachrichtungen zu spezifischen Themen eingeteilt. Die Delegierten konnten wählen, ob sie verschiedenen Sitzungen zu einer Fachrichtung oder den spezifischen Themen der verschiedenen Fachrichtungen beiwohnen wollten. Die Fachrichtungen umfaßten: Rechnungsführung, Verwaltungsrisiko und Wirtschaftlichkeit, Rechnungsführung in leitenden Funktionen, Wirtschaftlichkeitsprüfungen und Finanzkontrolle, Einkommens- und Vermögensoptimierung, Personalführung, Informationstechniken, Professionalität und Ethik sowie Qualität und Wirksamkeit. In diesen Sitzungen brachten Fachleute aus staatlichen und nationalen Rechnungskontrollbehörden sowie professioneller Organisationen und Firmen des privaten Sektors sowie aus dem akademischen Kreis Beiträge ein. Ferner wurden praktische Erfahrungen ausgetauscht, sowie Fragen beantwortet

und lebhaft Diskussionen mit den Teilnehmern geführt.

In seinen Abschlußworten appellierte Gary Smith – 1991 der Präsident der australischen Gesellschaft für konzessionierte Wirtschaftsprüfer des Staates Queensland – an die Teilnehmer, die Rolle als mitverantwortliche Experten und als vorausblickende Vorreiter im öffentlichen Sektor zu akzeptieren. In seinen Dankworten an die Organisatoren gab er die zahlreichen Kommentare der Teilnehmer zu dieser Konferenz wieder, in denen in wiederholten Wortmeldungen die bedeutende Rolle dieses Seminars hervorgehoben wurde, die Teilnehmer dazu zu ermuntern, ihre bereits bestehenden Fähigkeiten weiter auszubauen, um so für sich entwickelnde Techniken und auftretende Probleme bei der Verwaltung und Rechnungsprüfung des öffentlichen Finanzsektors besser gerüstet zu sein.

Vereinte Nationen

Expertentreffen zur öffentlichen Verwaltung

Die enge Zusammenarbeit der INTOSAI und der Vereinten Nationen

hat eine Reihe gemeinsam organisierter Seminare und Konferenzen im Laufe der Jahre erbracht. Die letzte Konferenz war das 10. Expertentreffen über öffentliche Verwaltung und Finanzwesen, das vom 4. bis 11. September 1991 in New York abgehalten wurde. Das von der Abteilung der Vereinten Nationen für technische Zusammenarbeit auf dem Gebiet der Entwicklungshilfe (United Nations Department of Technical Cooperation for Development; UNDTCD) veranstaltete Seminar beschäftigte sich mit drei Hauptzielen: Ein Überblick über die wichtigsten Tagesprobleme der öffentlichen Verwaltung und des öffentlichen Finanzwesens sowie über die Aktivitäten technischer Zusammenarbeit der Vereinten Nationen auf diesem Gebiet mit spezieller Berücksichtigung der technischen Zusammenarbeit unter den einzelnen Entwicklungsländern sowie eine Übersicht der Programme der Vereinten Nationen auf dem Gebiet der öffentlichen Verwaltung und des Finanzwesens in den 90iger Jahren.

Fachorientierte Arbeitsgruppen wurden geschaffen, um den Informationsaustausch während des Seminars zu erleichtern, wobei Themen wie Personalführung, Informationssysteme, Krisenmanagement, öffentliche Unternehmen, Finanzierungsquellen sowie Ausgabenkontrolle behandelt wurden.

Die Teilnehmer des Treffens, die Vertreter verschiedener ORKB und des Generalsekretariates der INTOSAI umfaßten, betonten die Wichtigkeit einer wirksamen Rechnungskontrolle der öffentlichen Ausgaben und äußerten sich lobend über die gewinnbringende Beziehung zwischen den Vereinten Nationen und der INTOSAI. Das nächste gemeinsam organisierte Seminar zum Thema EDV-gestützte Prüfungen wird in Wien im Mai 1992 abgehalten werden.

Für zusätzliche Informationen über das in New York abgehaltene Seminar wenden Sie sich bitte an: United Nations Department of Technical Cooperation for Development, United Nations, New York, 10017 USA. ■

Zweiter Kongreß der SPASAI in Kiribati

Vom 4. bis zum 8. November 1991 hielten die Vertreter der Südpazifischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (SPASAI) den Zweiten Kongreß der SPASAI in Tarawa, Republik Kiribati, ab. Während dieser Woche beteiligten sich die Delegierten und Beobachter an lebhaften Diskussionen und genossen die herzliche Gastfreundschaft der Mitarbeiter der ORKB von Kiribati.

Eröffnungspenarsitzung: Die Festlegung des Rahmens

Der Minister für Gesundheit, Familienplanung und soziale Wohlfahrt, Baitika Toum, nahm die offizielle Begrüßung vor und eröffnete den Kongreß mit der Feststellung, daß neue Techniken zwar eine bessere Kommunikation ermöglichen, jedoch auch mehr Kommunikation unter den Regierungen erforderlich machen. Er verließ seiner Erwartung Ausdruck, daß dieser Kongreß ein Forum für einen Meinungs- und Informationsaustausch bieten wird und daß sich für die Zukunft neue Kommunikationsmöglichkeiten eröffnen werden.

Als Kongreßpräsident fungierte der vor kurzem ernannte Leiter der ORKB der Republik Kiribati, Teteiara Maen. In seinem Grundsatzreferat legte er den Rahmen für die Diskussionen während des Kongresses fest. Er bemerkte kritisch, daß die Finanzkontrolle in der Vergangenheit kein besonders hohes Ansehen in der Verwaltung genossen hat und daß diese Einstellung sich seiner Meinung nach ändern müsse. Er vertrat die Auffassung, daß die ORKB sich in ihrem Aufbau stärker an

der Wirtschaft und weniger an der Verwaltung orientieren sollten. Er forderte die Delegierten auf, Möglichkeiten zu erörtern, wie die Finanzkontrolle zur wirtschaftlichen Entwicklung ihrer Länder beitragen kann, und legte den Rahmen fest, um die Diskussionen auf die Ausarbeitung von Richtlinien, die Erweiterung von Schulungsprogrammen und den verstärkten Einsatz der Informationstechnik in der Finanzkontrolle auszurichten.

Diskussionssitzungen: Behandlung der Fragestellungen

Nach dem Vorbild der letzten INTOSAI-Kongresse fanden Diskussionen über eine Reihe von Themen, die für die Mitglieder der SPASAI von Interesse sind, statt. Um den Meinungsaustausch zu fördern, verfaßten acht ORKB Grundlagenpapiere, die an alle Mitglieder der SPASAI verteilt wurden. Die ORKB nahmen dann zu dem Grundlagenpapier Stellung. Die Verfasser der Grundlagenpapiere legten die Stellungnahmen dem Kongreß dann in einer Zusammenfassung vor. Die Themen des Zweiten Kongresses der SPASAI und die Verfasser der Grundlagenpapiere für jedes Thema waren: Personalführung (Papua-Neuguinea), Betrug und Finanzkontrolle (Vanuatu), Prüfung von Risikobereichen (Neusüdwaes), Berichterstattung über Prüfungsergebnisse (Kiribati), Die Auswirkungen der EDV auf Prüfungsmethoden und -techniken (Kiribati), Die beratende Funktion der Prüfer bei der Stärkung der internen Kontrolle der jeweiligen Stelle



Die Diskussionen über Personalführung leiteten von links nach rechts: der neue Leiter der ORKB von Kiribati, Herr Maen, der Vorsitzende der Diskussionssitzung, Herr Toatu, und der Verfasser des Grundlagenpapiers, Herr Geno, der amtierende Auditor General von Papua-Neuguinea.



Informelle Gespräche wurden oft während der Pausen fortgesetzt - hier abgebildet sind von links nach rechts: Herr Garae, Vanuatu, Herr Yakana, Föderierte Staaten von Mikronesien, Herr Woodward, Kiribati, und Herr Tosusu, Vanuatu.

(Föderierte Staaten von Mikronesien), Entwicklungen in der Testatsprüfung und Systemprüfung (Neuseeland) und Wirtschaftlichkeitsprüfungen (Australien). Während jeder Diskussionssitzung wurden gemeinsame Anliegen festgestellt, Vorschläge für mögliche Vorgangsweisen und Strategien unterbreitet und Fragestellungen für eine künftige Behandlung festgehalten.

Es wurde festgestellt, daß die Ausbildung und berufliche Weiterbildung ein wichtiges Anliegen dieser regionalen Arbeitsgruppe ist. Wiederholt wurde in den Diskussionen über Personalführung, Berichterstattung über Prüfungsergebnisse und die Auswirkungen der EDV darauf hingewiesen, daß die berufliche Weiterbildung für eine funktionierende Prüfungsbehörde unbedingt erforderlich ist. Viele variable Faktoren (Größe der ORKB, Prüfungsgesetzgebung, Grad der Unabhängigkeit usw.) können sich darauf auswirken, wie die Ausbildung erfolgt, man war sich jedoch darüber einig, daß hochqualifizierte Mitarbeiter mit entsprechenden Fortbildungsmöglichkeiten für die Stärkung der Rolle der Prüfungsbehörde sehr wichtig sind. Vorübergehende Beschäftigung bei anderen ORKB und bei privaten Firmen, kombinierte Ausbildungs- und Arbeitsverträge (als Gegenleistung für Ausbildungsmöglichkeiten wird die Verpflichtung verlangt, zwei Jahre für die ORKB zu arbeiten) und von der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) und anderen Institutionen angebotene Ausbildungsprogramme wurden als Möglichkeiten vorgestellt und diskutiert.

Fragen in Zusammenhang mit der Rolle der ORKB bei der Aufdeckung von Betrugsfällen stellten sich während mehrerer Sitzungen, als die Delegierten sich mit Betrugsfällen, interner Kontrolle und Berichterstattung befaßten. Es handelte sich hierbei um einen der Bereiche, wo die relativ kleine Größe der Länder der vertretenen ORKB und die kulturellen Werte der jeweiligen Gesellschaft von Bedeutung sind, da darauf hingewiesen wurde, daß auf den kleineren Inseln die Berichterstattung über negative Prüfungsfeststellungen oft mit einer Berichterstattung über Programme, an denen Verwandte oder enge Freunde mitwirken, gleichzusetzen ist. Die Gruppe gab auch zu, daß es sehr schwer sein kann, Betrugsfälle zu definieren, Beweismaterial zu erarbeiten und einen Fall vor die Gerichte zu bringen und daß dies in vielen Fällen bedeuten würde, daß der ORKB eine neue Rolle zugewiesen wird. Während man sich darüber einig war, daß für die Verhütung von Betrugsfällen die Geschäftsleitung und für die Aufdeckung von Betrugsfällen die Finanzkontrolle verantwortlich sein sollte, bestanden Bedenken darüber, inwieweit die ORKB über die Rolle eines „Wachhundes“ hinausgehen und die eines „Bluthundes“ übernehmen sollte.

In verschiedener Hinsicht ging es bei der Diskussion über Betrugsfälle auch um Richtlinien und Prüfungskompetenzen. Es gab zwar einige unterschiedliche Meinungen unter den Delegierten über die Rolle der ORKB in der Berichterstattung über Betrugsfälle, alle waren sich jedoch darüber einig, daß jede ORKB Richtlinien für die Berichterstattung über Betrugsfälle ausarbeiten sollte, die dem Bedarf und den Erfordernissen

der staatlichen Verwaltung ihres Landes gerecht werden. Die Gruppe räumte auch ein, daß ein Verfahren für die Verfolgung von Betrugsfällen eine weitere wichtige Komponente bei der Verbesserung der Methoden der Haushalts- und Wirtschaftsführung darstellt, es bestand jedoch keine einhellige Auffassung darüber, wie weit die ORKB in diesem Bereich gehen sollte. Man war sich darüber einig, daß jede ORKB innerhalb der staatlichen Verwaltung ihres Landes Richtlinien und Verfahren für die Berichterstattung und Verfolgung von Betrugsfällen ausarbeiten sollte und daß diese Richtlinien zwar von ORKB zu ORKB verschieden sein können, jedoch innerhalb eines Landes die Anforderungen sowohl für die Prüfer als auch für die geprüften Stellen festlegen würden. Weiters wurde festgehalten, daß die „INTOSAI Richtlinien für die Finanzkontrolle“ für die ORKB bei der Entwicklung und Überarbeitung ihrer eigenen Vorgangsweise von Nutzen sein könnten.

„Wie man mit weniger mehr erreichen kann“ und „Wie man Anerkennung für das, was getan wurde, erlangen kann“, waren die Themen, die sich aus den Diskussionen über Prüfungsmethoden ergaben. Es wurde zwar eingeräumt, daß die Prüfung von Risikobereichen (risk based auditing) weniger Ressourcen erfordert, man war sich jedoch darüber einig, daß diese Methode möglicherweise nicht immer die geeignetste ist. In einigen Fällen schien sie im Gegensatz zu einem Umfeld, das um den Aufbau und die Stärkung der Rechnungssysteme und der Berichterstattung an die Führungsgremien bemüht ist, zu stehen. Einige ORKB berichteten auch, daß ihr Prüfungsauftrag hundertprozentige Prüfungen verlangt. Weiters erfordert die Einführung der Prüfung von Risikobereichen eine Ausbildung in der richtigen Anwendung der statistischen Methoden. ORKB, die Prüfungen von Risikobereichen durchgeführt haben, schienen sich darüber einig zu sein, daß dies eine Möglichkeit sei, wie die ORKB mit weniger Ressourcen arbeiten kann, sie warnten jedoch, daß diese Methode gezielt angewendet werden müsse, da sie unter Umständen nicht zu der umfassenden Berichterstattung, die durch systemorientierte Prüfungen ermöglicht wird, führt.

Es wurde festgestellt, daß die Computer der ORKB zwar die Wirtschaftlichkeit und Wirksamkeit einer Prüfungsbehörde steigern können, daß die Prüfung des EDV-Einsatzes in den staatlichen Stellen die Mitarbeiter des Prüfdienstes jedoch mit zahlreichen neuen Herausforderungen konfrontiert. Die Delegierten zeigten sich in den Diskussionen an computergestützten Prüfungstechniken interessiert, dieser Bereich verspricht für künftige Tagungen und Ausbildungsprogramme in der Region von Interesse zu sein.

In Zusammenhang mit Wirtschaftlichkeitsprüfungen wurde auch besprochen, daß sichergestellt werden muß, daß die Arbeit der ORKB von der Verwaltung geschätzt wird und für sie wertvoll ist. Bei der Erörterung von Möglichkeiten, wie die ORKB sicherstellen können, daß der Nutzen ihrer Arbeit anerkannt wird und darüber berichtet wird, wurden Fragen betreffend die Rolle der ORKB in der Ausformulierung von Grundsatzvorhaben aufgeworfen und Bedenken betreffend

die Wahrung der Unabhängigkeit zum Ausdruck gebracht. Wiederum war man sich zwar darüber einig, daß die ORKB die Richtlinien, üblichen Vorgangsweisen und Rechtsvorschriften ihrer Länder widerspiegeln müssen, es wurde jedoch auch einhellig die Auffassung vertreten, daß die ORKB nach Möglichkeiten Ausschau halten müssen, den staatlichen Entscheidungsträgern und Bürgern die Informationen zur Verfügung zu stellen, die für sachkundige Entscheidungen über staatliche Programme erforderlich sind.



Während der Arbeitssitzungen führte Herr Tui'i'Onetoa, der Auditor General von Tonga und Generalsekretär der SPASAI, den Vorsitz bei Diskussionen.

Plenarsitzung: Abschluß der Arbeiten

Die Woche wurde mit einer Plenarsitzung abgeschlossen. Während dieser Sitzung wurde Herr Pohiva Tui'i'Onetoa, Tonga, für eine weitere dreijährige Amtsperiode zum Generalsekretär gewählt. Pasa Tosusu, der Gastgeber des Ersten SPASAI-Kongresses in Vanuatu gab den Vorsitz in der SPASAI an den Gastgeber dieses Kongresses, Teteiara Maen, Kiribati, ab. Papua-Neuguinea und Tuvalu boten an, die nächste Konferenz der SPASAI auszurichten. Die Delegierten beschlossen jedoch, mit der Festlegung des Tagungsortes für den nächsten SPASAI-Kongreß bis zu ihrer Tagung in Washington, DC (während des XIV INCOSAI) zu warten.

Zwei Beschlüsse wurden in Zusammenhang mit den vorangegangenen Diskussionsitzungen gefaßt. Betreffend die Ausbildung wird der Generalsekretär in Zusammenarbeit mit Mitarbeitern der IDI einen

Vorschlag für einen regionalen Ausbildungsbeauftragten ausarbeiten. Weiters wurde vereinbart, daß die Salomon-Inseln 1992 einen IDI-Lehrgang über EDV-Prüfung veranstalten werden und daß die Föderierten Staaten von Mikronesien 1993 Gastgeber eines IDI-Workshops über Management und Aufsichtsfunktionen sein werden. Als Ergebnis der Diskussionen über Betrugsfälle wurde beschlossen, daß die Mitarbeiter des Prüfdienstes von Kiribati in Zusammenarbeit mit dem neuen Vorsitzenden und dem Generalsekretär eine Stellungnahme zu den Richtlinien für die Berichterstattung ausarbeiten werden, die dem Ausschuß der INTOSAI für Richtlinien für die Finanzkontrolle vorgelegt werden soll.

Als eine der neuen regionalen Arbeitsgruppen faßten die Mitglieder der SPASAI auch einige notwendige Beschlüsse betreffend organisatorische Fragen und den Arbeitsablauf. Um ein Betriebskapital aufzubringen, kamen sie überein, von allen SPASAI-Mitgliedern einen Jahresbeitrag von 50 australischen Dollar zu verlangen. Es wurde auch ein Verfahren festgelegt, um ein Logo zu entwerfen und ein Leitmotiv für die Organisation zu schaffen.

Die Abschlusfeier: der Abschied

Während des abschließenden Festessens konnte man zwei spezielle SPASAI-Gepflogenheiten feststellen. Während der ganzen Woche waren über die Delegierten „Strafen“ für Vergehen wie „Zuspätkommen bei Sitzungen“ verhängt worden. Die Strafen wurden eingehoben und während des Festessens wurde das Geld dem Minister für Gesundheit, Familienplanung und soziale Wohlfahrt zur Verteilung an einheimische Wohltätigkeitsorganisationen übergeben. Weiters wurde der Sportspreis der SPASAI dem Delegierten von Neusüdwaales überreicht, der den sportlichen Wettkampf der SPASAI 1991 für sich entschieden hatte (in diesem Jahr ein kombinierter Schwimm- und Geländelaufwettbewerb).

Während der Woche hatten der Leiter und die Mitarbeiter der ORKB sowie die Hotelbediensteten zusammengearbeitet, um allen Delegierten und Beobachtern angenehme und eindrucksvolle Erfahrungen zu ermöglichen. Vom Begrüßungspicknick über die lebhaften Fachdiskussionen, das spezielle Begrüßungslied, das von den Mitarbeitern der ORKB gesungen wurde, bis zum abschließenden Festessen, wurde alles getan, um diese Woche ganz besonders schön zu gestalten, sodaß diese Tage für alle Teilnehmer unvergeßlich bleiben werden. ■

Delegierte des 2. SPASAI-Kongresses

Australien
Fidschi
Föderierte Staaten von Mikronesien
Kiribati
Nauru
Neuseeland
Neusüdwaales
Papua Neuguinea
Salomon Inseln
Tonga
Tuvalu
Vanuatu

Beobachter

INTOSAI Entwicklungsinitiative (IDI)
Internationale Zeitschrift für Staatliche Finanzkontrolle

Personalprüfung

von Martin Easeal, Prüfungsgebietsleiter, ORKB des Vereinigten Königreiches

Einleitung

Die Prüfung des Personaleinsatzes stellt im Vereinigten Königreich heute einen wesentlichen Teil der Arbeit unserer ORKB, dem National Audit Office (NAO), dar. Sie umfaßt die regelmäßige Prüfung der Effizienz und Wirksamkeit der Personalverwaltung sowie die Motivation, Leistung, Entlohnung, Produktivität und Fürsorge für die einzelnen Bediensteten im öffentlichen Bereich. Um dieses Prüfungsgebiet schwerpunktmäßig zu erfassen, wurde vor vier Jahren ein spezieller Prüfungsgebietsleiter ernannt und eine kleine, leistungsstarke Gruppe von Spezialisten aufgebaut, die spezifische personalpolitische Maßnahmen und Praktiken analysieren und ihre Fachkenntnisse in die anderen Tätigkeitsbereiche des NAO einfließen lassen.

Trotz der Privatisierungsmaßnahmen und Kürzungen im öffentlichen Sektor in den vergangenen 10 Jahren liegt die Zahl der Bediensteten in den von uns geprüften Stellen in Großbritannien noch immer bei 2 Millionen. Diese Zahl umfaßt 550.000 Beschäftigte im Verwaltungsdienst, 325.000 im Heeresdienst und 1 Million im staatlichen Gesundheitswesen. Das bedeutet fast 10 Prozent der arbeitenden Bevölkerung des Landes. Die jährlichen Kosten für Lohn- und Gehaltszahlungen betragen mehr als 70 Milliarden £, das sind ein Drittel aller öffentlichen Ausgaben. Der Verwaltungsdienst hat mehr als doppelt so viele Bedienstete als der größte privatwirtschaftliche Arbeitgeber im Vereinigten Königreich, British Telecom, und der staatliche Gesundheitsdienst ist der größte einzelne Arbeitgeber in ganz Westeuropa.

„Die Personalverwaltung ändert und entwickelt sich laufend“.

Die Personalverwaltung ist einer ständigen Veränderung und Weiterentwicklung unterworfen, da sie auf die Veränderungen in der Zusammensetzung der Erwerbsbevölkerung reagieren muß. In Großbritannien bedeutet dies in den kommenden Jahren vor allem die Reaktion auf die sinkende Zahl von Schulabgängern (eine wesentliche Quelle für die Personalbeschaffung im öffentlichen Sektor). Sie muß den zahlreichen Veränderungen in der Struktur des Verwaltungsapparates und des staatlichen Gesundheitswesens - wie etwa der Schaffung

eigener durchführender Verwaltungsbehörden in der die Mehrzahl der Beamten beschäftigt ist, oder der Versetzung der Bediensteten außerhalb von London - Rechnung tragen. Sie muß die großen Schulungsbedürfnisse bewältigen, die sich aus dem Einsatz neuer Techniken und den neuen Anforderungen der Kunden an die Verwaltung ergeben. Und zu all dem kommt noch die begrüßenswerte Tendenz der Dezentralisierung des Personalwesens, eine größere Leistungs- und Produktivitätsorientierung, die an die Stelle der alten Personalsysteme und der Zentralverwaltung treten. Der Erfolg all dieser Maßnahmen ist abhängig von den Menschen, von denen erwartet wird, daß sie überkommene Arbeitsverfahren aufgeben und eine neue Geisteshaltung einnehmen.

Im NAO begegnen wir diesen Veränderungen durch einen konstruktiven, flexiblen Ansatz bei unseren Personalprüfungen. Wir glauben, daß unsere ORKB in diesem Bereich besonders weit entwickelt ist. Unsere Spezialisten arbeiten eng mit anderen Mitarbeitern zusammen, deren Verantwortungsbereiche in etwa denen der jeweiligen geprüften Stellen entsprechen. Unserem Prüfungsansatz haben wir im wesentlichen die folgenden Zielsetzungen zugrunde gelegt:

- Untersuchungen spezifischer Bereiche der Personalverwaltung, um dem Rechnungsprüfungsausschuß im Parlament Schwerpunktberichte zu allen wesentlichen Aspekten vorlegen zu können. Die letzten Berichte befaßten sich zum Beispiel mit den Bereichen Ausbildung, Personalbeschaffung, Personalbewertung und Personalplanung.
- Prüfung der Personalkontrollen und Personalverwaltung in bestimmten öffentlichen Stellen. Die Berichte an den parlamentarischen Rechnungsprüfungsausschuß enthalten unter anderem eine Untersuchung der Personalverwaltung im Amt für auswärtige Angelegenheiten und Commonwealthfragen, der Landesverteidigung und aller Besoldungsgruppen im staatlichen Gesundheitsdienst.
- Schaffung einer soliden geistigen Untermauerung dieser Prüfungsart. Uns ist dies durch Einschlagen einer professionellen Vorgangsweise im NAO und die Entwicklung eines eigenen „internen Fachzentrums“ gelungen. Wir arbeiten auch mit Personalfachleuten außerhalb des öffentlichen Sektors zusammen und haben wichtige Verbindungen mit dem Ausland geknüpft.

- Förderung guter Personalpraktiken im gesamten Bereich der Personalverwaltung bei allen von uns geprüften Stellen. Wir organisieren Seminare, meist in Zusammenarbeit mit anderen Personalfachleuten und wir beteiligen uns an Diskussionen über Fragen der Personalverwaltung auf nationaler und internationaler Ebene. Auf der Grundlage unserer Prüfungstätigkeit veröffentlichen wir Leitfäden und andere Dokumente.
- Förderung des Verständnisses für Personalverwaltungsfragen auf breiterer Ebene innerhalb des NAO. Unsere Personalfachleute leisten durch ihre Überprüfung der Wirksamkeit einer bestimmten Dienststelle oder Organisationseinheit einen Beitrag zu vielen Berichten des NAO und haben bewirkt, daß nunmehr auch innerhalb des NAO flexiblere Arbeitsmethoden angewandt werden.

Im NAO wurde ein abgegrenzter Rahmen für die Wirtschaftlichkeitsprüfungen in diesem umfassenden Prüfungsgebiet festgelegt. Die Personalverwaltungsaktivitäten wurden in drei allgemeine Kategorien unterteilt:

- rein auf den Beamtendienst bezogene Entwicklungen, die sich auf strukturelle Veränderungen, flexiblere Entlohnungssysteme, neue Arbeitsmuster sowie auf Entwicklungen erstrecken, die sich aus den nationalen Beschäftigungsgesetzen ergeben (wie etwa Chancengleichheit oder Arbeitgeber-Arbeitnehmer-Beziehungen);
- auf die Personalverwaltung bezogene Funktionen, wie etwa Personalplanung und -kontrolle, Personalverwaltung in bezug auf die einzelnen Bediensteten und Bereitstellung funktionstüchtiger Hilfsdienste; und
- Maßnahmen, die zum Erfolg führen. Dies beinhaltet eine Reihe verschiedener Faktoren, die maßgebend sind, um eine Gruppe von Einzelpersonen in eine wirksam arbeitende Arbeitseinheit umzuwandeln. Zu diesen Faktoren gehören Leistungsbewertungsmaßstäbe, die Festlegung des „Arbeitsauftrages“ einer Organisationseinheit, der von den Mitarbeitern verstanden und angenommen wird und anderes, das im allgemeinen unter dem Begriff Organisationskultur zusammengefaßt wird.

Dieser Bezugsrahmen bildet eine wirksame Grundlage für unsere Arbeit, den wir auch bei unseren Diskussionen und unserer Arbeit mit Kontrollinstitutionen im Ausland heranziehen.

„Die Auswirkungen unserer Arbeit werden immer größer - auch wenn dies nur schwer bemessen werden kann.“

Die Auswirkungen unserer Arbeit werden immer größer - auch wenn dies nur schwer bemessen werden kann. Die Verfahrensweisen in der Verwaltung haben sich in der Ver-

gangenheit bewährt. Jetzt finden tiefgreifende Umwälzungen statt. Der Personalverwaltungsprüfung kommt zunehmend größere Bedeutung zu, da die einzelnen Ministerien und Verwaltungsbehörden ihre eigene Personalpolitik festlegen können. Im staatlichen Gesundheitsdienst waren die Personalverwaltungsrichtlinien auch von vornherein nicht in allen Dienststellen die gleichen. Die neuen selbstverwaltenden Trusts im Gesundheitswesen werden eigene Personalverwaltungsverfahren festlegen, was es für das NAO umso dringender erforderlich machen wird, sich vermehrt mit den erforderlichen Spezialkenntnissen auszurüsten.

Unsere Arbeit selbst wird untenstehend zusammengefaßt.

Personalplanung in der Verwaltung

Nach unserem Bericht über die Personalplanungsprozesse und -verfahren in vier Ministerien des Vereinigten Königreichs, empfahl der parlamentarische Finanzkontrollausschuß eine Verbesserung der Personalverwaltung in den einzelnen Ministerien herbeizuführen. Diese Empfehlung wurde angenommen. Besonders kritisch äußerten sich die Ausschußmitglieder zum Beispiel hinsichtlich der Verwaltungsverfahren im Paßamt des Innenministeriums. Die rasche Ausstellung eines Reisepasses ist sowohl für Geschäftsreisende als auch für Urlauber wichtig. Aus Anlaß unseres Berichtes werden nun Schritte zur Verbesserung der Nachfrageprognosen, Personal-schulung und des Gleichgewichtes zwischen Nachfrage und dem Einsatz einer ausreichenden Zahl von Beamten vor allem in der Urlaubs- und Reisezeit gesetzt. Ein Follow-up-Bericht ist geplant. In Zusammenarbeit mit dem Königlichen Institut für öffentliche Verwaltung haben wir ein Seminar über Personalplanungsverfahren für Mitarbeiter in den Ministerien veranstaltet, das großen Anklang gefunden hat. Das Finanzministerium hat nun alle Ministerien aufgefordert, Personalpläne zu erstellen und regelmäßig auf der Grundlage ihrer Bedürfnisse zu aktualisieren.

Personaleinstellungsverfahren für den Kanzlei- und Verwaltungsdienst

Fast die Hälfte der Beamten führen Kanzlei- und sonstige Verwaltungsdienstaufgaben durch. In dieser Gruppe gibt es bis zu 20.000 Neuaufnahmen im Jahr. Die Art der Personaleinstellungsverfahren in den verschiedenen Ministerien wirkt sich in hohem Maß auf ihre Wirtschaftlichkeit aus. In den Berichten des NAO wird immer wieder auf die nachteiligen Folgen hingewiesen, die sich für den öffentlichen Dienst durch zu wenig und unerfahrene Kanzleikräfte ergeben. Unser Bericht enthält Verbesserungsvorschläge für verschiedene Aspekte des Einstellungsverfahrens und geht auf das schlechte Image des Beamtenstandes bei den potentiellen Anwerbern ein. Der Finanzkontrollausschuß empfahl dem öffentlichen Dienst, die Einstellungsverfahren besser zu überwachen und forderte die Ministerien und Verwaltungsdienststellen auf, die Personalbeschaffung möglichst professionell und effizient durchzuführen. Wieder haben wir die Ergebnisse unserer Prüfungstätigkeit in einem eigenen Seminar einem breiteren

Zuhörerkreis zugänglich gemacht. Selbstverständlich soll dieser Bereich erneut einer Prüfung unterzogen werden, vor allem deshalb, weil die Personaleinstellung nicht mehr zentral von einer Beamtenkommission geregelt, sondern direkt den einzelnen Ministerien und Verwaltungsdienststellen überantwortet wurde.

Personalbewertung im öffentlichen Dienst

Alle Beamten sind einer jährlichen Leistungsfeststellung unterworfen, die auch eine regelmäßige, für Beförderungen maßgebende, Bewertung einschließt. Seit kurzem bildet dieses System die Grundlage für eine leistungsgerechte Besoldung im Staatsdienst. In unserem Bericht äußerten wir uns kritisch zu vielen Aspekten der Leistungsfeststellung, unter anderem auch zu einem Bewertungssystem, wonach mehr als 40 Prozent aller Mitarbeiter die an sie gestellten Leistungsanforderungen in beträchtlichem Maß überschritten. Der Finanzkontrollausschuß empfahl, daß die Ministerien und Verwaltungsdienststellen Bewertungssysteme einführen, die auf ihre Bedürfnisse zugeschnitten sind, anstatt rigoros die von einer

zentralen Organisation vorgegebenen Kontrollverfahren und Maßstäbe anzuwenden. Der Finanzkontrollausschuß forderte dringend dazu auf, Kriterien zur Beurteilung der Auswirkungen des Bewertungssystems sowie Verfahren zur Überwachung und Bemessung aufzustellen.

Schlußfolgerung

Die Personalverwaltungsprüfungen des NAO wirken sich auf alle von uns geprüften Organisationen aus. Wir befürworten eine zielgerichtete, spezifischere Personalverwaltung im öffentlichen Sektor und wir sind bemüht, genau zu prüfen, ob Effizienz und Wirksamkeit dadurch tatsächlich gesteigert werden. Die Umwälzungen, auch für den neuen Prüfungsansatz in Großbritannien ausschlaggebend waren, betreffen auch die meisten anderen Länder. Aus diesem Grund werden wohl alle ORKB ihre Prüfungsmethoden ändern müssen, wenn sie sicherstellen wollen, daß die öffentlichen Organisationen ihre Mitarbeiter effizient und wirtschaftlich einsetzen. Die Prüfung der Personalverwaltung ist ein komplexer, aber sehr lohnender Teilbereich der Wirtschaftlichkeitsprüfung. ■

Organisationsanalyse mit Hilfe eines fachbezogenen Instrumentes (case tool)

von Brord van Westing, Algemene Rekenkamer, die ORKB der Niederlande

Einleitung

Seit Jahren berichtet die ORKB der Niederlande, die Allgemeine Rekenkamer, über Qualitätsmängel in den staatlichen Rechnungssystemen und Verwaltungsabläufen, in der Finanz- und Haushaltsplanung sowie in der Verrechnung. Mitte der 80er Jahre zeigten die Politiker verstärktes Interesse an diesen Fragen und das niederländische Finanzministerium leitete in der Folge eine Reihe von verwaltungsübergreifenden Maßnahmen zur Entschärfung dieses Problems ein. Im Rahmen dieses Maßnahmenprogramms gelangte ein Instrument zur Anwendung, das zur durchgängigen Analyse von Organisationsstrukturen und zur Beschreibung von Verwaltungsabläufen eingesetzt wurde. Dieses Instrument erwies sich besonders bei Systemprüfungen als besonders hilfreich und läßt sich auch bei Wirtschaftlichkeitsprüfungen nutzbringend anwenden.

Nach Prüfung verschiedener Software-Anwendungen, die Planungs- und Dokumentierungsfunktionen erfüllen konnten, wandte sich die Allgemeine Rekenkamer an das niederländische Softwarehaus CAP-Gemini, wo sich bereits eine Reihe von fachbezogenen Instrumenten (case tools) für Systemingenieure in Entwicklung befanden. Da keines dieser Instrumente unseren Anforderungen wirklich entsprach, schloß die niederländische Regierung und CAP-Gemini einen Vertrag zur Entwicklung einer Sammlung fachbezogener Instrumente (case tools) unter der Bezeichnung System Development Workbench, Administrative Organization (SDW-AO) ab.

Die niederländische Zentralverwaltung kann dieses Produkt unter Lizenz in allen Ministerien einsetzen. Lenkungsausschüsse und zahlreiche Projektgruppen sorgen in den meisten Ministerien für die Implementierung von SDW-AO, was an und für sich bereits eine große Herausforderung darstellt. Auch die Allgemeine Rekenkamer setzt SDW-AO für ihre eigenen Zwecke ein, da dieses Produkt Organisations-, Ablauf- und Kontrollmechanismen beschreibt und so eine wesentliche Grundlage für verschiedene Prüfungstypen darstellt. Jede Prüfungsabteilung der Allgemeinen Rekenkamer wurde bereits mit einer Kopie von SDW-AO ausgerüstet und im Jahr 1990 wurden 24 Mitarbeiter auf das System eingeschult.

Die Funktion von SDW-AO

SDW-AO richtet sich an Fachleute, beispielsweise Konsulenten oder Prüfer, die mit der Verbesserung von Organi-

sationsabläufen und -strukturen befaßt sind. Sowohl aus dem Blickwinkel der Organisationsführung als auch aus buchhalterischer Sicht ist die Darstellung eines Abrechnungssystems bzw. einer Organisation immer mit Schwierigkeiten verbunden, ganz abgesehen davon wird zu wenig Aufmerksamkeit auf die Erkennung und Bewertung der internen Kontrollen des Systems gelegt.

Im Prüfungsfalle wird eine Organisation zumeist unter Zuhilfenahme vorhandener technischer Mittel in Schaubildern dargestellt. Die händische Erstellung und Änderung solcher Schaubilder ist äußerst arbeitsintensiv und mitunter ungenau. Aus diesem Grund ergab sich die Notwendigkeit des Einsatzes automatisierter Hilfsmittel. SDW-AO ist heute eines der leistungsstärksten Instrumente, da die von ihm generierten Schaubilder von einer relationalen Datenbank, die alle Daten über einmal beschriebene Einträge speichert, generiert werden.

Mit Hilfe von SDW-AO lassen sich Organigramme und hierarchische Ablaufstrukturen innerhalb eines Unternehmens erstellen. In der Folge wird die Information in einen Gesamtbericht, bestehend aus einer Matrix aller Verantwortlichkeiten und Befugnisse etc., eingegliedert. Mit SDW-AO können Flußdiagramme nach mehreren Konventionen erzeugt werden.

Die Hauptmerkmale von SDW-AO

Die wichtigsten Merkmale lassen sich wie folgt beschreiben:

- SDW-AO ist ein EDV-gestütztes Werkzeug, mit dessen Hilfe jede Art von Skizze oder Matrix rasch und einfach erzeugt werden kann. Die meisten Funktionen sind Mausgesteuert; das Tastenfeld ist lediglich zur Texteingabe erforderlich.
- SDW-AO ermöglicht es, Flußdiagramme und Organigramme getrennt zu führen. Im Falle einer Änderung sind vom Benutzer nur eines oder wenige Diagramme zu ändern, das System generiert automatisch die erforderlichen Modifikationen in allen anderen Schaubildern.
- SDW-AO ist als „top-down“-System konzipiert, das heißt, daß die Diagramme auf oberster Ebene einen Gesamtüberblick über die zu untersuchende Organisation liefern.
- SDW-AO besitzt eine eingebaute logische Prüffunktion.

Bei ins Detail gehenden Flußdiagrammen setzt diese Übereinstimmungsprüfung bei den Beziehungen auf der Ebene eines bestimmten, gleichzeitig aber auch bei den Relationen zu darüberliegenden und darunterliegenden Schaubildern an. Somit wird die syntaktische Vollständigkeit des Endproduktes und eine leichte Aktualisierung gewährleistet.

- SDW-AO besitzt ein Systemlexikon zur Speicherung zusätzlicher Informationen über die in der Systembeschreibung definierten Einheiten. Weiterer Bestandteil des Pakets ist ein Berichtsgenerator, mit dessen Hilfe

häufige ad-hoc Berichte äußerst benutzerfreundlich erstellt werden können.

Zusammenfassung

Auch wenn es derzeit noch verfrüht wäre, festzustellen, inwieweit der Einsatz von SDW-AO zu einer Qualitätssteigerung in den Rechnungssystemen und Verwaltungsabläufen führen wird, ist dennoch ein vielversprechender Schritt nach vorne gesetzt worden. Als eindeutige kurzfristig erkennbare Vorteile können eine erhöhte Effizienz bei der Schaubilderstellung und eine gesteigerte Prüfungszugänglichkeit der einmal beschriebenen Systeme genannt werden. ■

EUROSAI Seminar für die neu geschaffenen ORKB

von Susanne Schwarz, INTOSAI Sekretariat, Wien, Österreich

Von 8. - 20. September 1991 trafen die Delegierten aus den verschiedenen europäischen Staaten im Schulungszentrum des ungarischen Rechnungshofes in Velence zum ersten EUROSAI/IDI Seminar zusammen. Bei diesem Seminar, das auf einen Vorschlag der 34. Präsidialtagung 1990 in Wien zurückzuführen ist, wurde leitenden Beamten der neugegründeten Obersten Rechnungskontrollbehörden Osteuropas die Gelegenheit geboten, sich mit den Erfahrungen der anderen, bereits etablierten ORKB in der EUROSAI vertraut zu machen.

Das Seminar selbst galt als historisches Ereignis. Zum ersten Mal seit der formellen Gründung der EUROSAI im November 1990 (siehe die Zeitschrift, Januar 1991, S 8), kamen Vertreter aus West-, Ost- und Mitteleuropa zusammen, um ganz allgemein über Gemeinsamkeiten und Unterschiede in der Methodik und Prüfungspraxis der verschiedenen Mitgliedstaaten zu sprechen.

Der europäische Kontinent bietet einzigartige Voraussetzungen: Hier war die Wiege der parlamentarischen Demokratie und hier sind bereits vor mehreren hundert Jahren zur Kontrolle der öffentlichen Mittel Finanzkontrollbehörden eingerichtet worden, die allerdings in den vergangenen Jahrzehnten in den osteuropäischen Ländern stark eingeschränkt oder völlig inexistent gewesen sind. Nachdem es aber ein wesentliches Element der Demokratie ist, daß jeder Bürger das Recht hat zu wissen, wofür öffentliche Gelder ausgegeben werden, ist es nicht verwunderlich, wenn einer der ersten Schritte der Staaten auf dem Weg in die Demokratie die Gründung unabhängiger Rechnungskontrollbehörden war, um so die Erfüllung der öffentlichen Rechenschaftspflicht zu sichern.

Das Seminar begann mit einer Begrüßung der Teilnehmer durch den Präsidenten des ungarischen Staatsrechnungshofes, Dr. Hagelmayer. Nach der offiziellen Eröffnung durch den Generalsekretär der EUROSAI Herrn Carretera, gab der Präsident des österreichischen Rechnungshofes und Generalsekretär der INTOSAI, Dr. Tassilo Broesigke, eine Einführung in die „Deklaration von Lima über die Leitlinien der Finanzkontrolle“ - eines der Grundlegendokumente der INTOSAI über die Grundsätze der staatlichen Rechnungsprüfung. Die Deklaration stellt einen allgemein anerkannten internationalen Standard der Finanzkontrolle dar, um dessen Erreichung jedes

Land bemüht sein sollte. Es ist hier gelungen, die wichtigsten Grundsätze, Ziele, Mittel und Garantien in einem organischen Körper von Normen zu verschmelzen, die für alle Staaten, die an einer effektiven und nutzbringenden Ausübung der Kontrolle der eigenen Finanzen interessiert sind, annehmbar sind. Die Deklaration hat naturgemäß einen hohen Abstraktionsgrad, um den verschiedenartigen politischen, wirtschaftlichen, kulturellen und rechtlichen Verhältnissen in den einzelnen Ländern gerecht zu werden.

Nun folgten Beschreibungen der verschiedenen Finanzkontrollsysteme in Europa mit einem Überblick über die geschichtliche Entwicklung der ORKB, ihre verfassungsrechtliche Stellung und ihre spezifischen Merkmale, sowie Berichte über die bisherige Entwicklung der Finanzkontrolle in den osteuropäischen Staaten.

Anpassung der Systeme erforderlich

Es wurde darauf hingewiesen, daß es keine Normen für ein perfektes Finanzkontrollsystem geben kann. Den ORKB in den westlichen Staaten ist es im Lauf ihrer Geschichte gelungen, funktionierende Prüfungsmechanismen zu schaffen, die den spezifischen Umständen und dem bestimmten rechtlichen Umfeld der jeweiligen Länder entsprechen. In allen Kontrollsystemen sind Vorteile und Nachteile vereint: die osteuropäischen Länder sollten es möglichst vermeiden, die Fehler der westlichen Staaten zu wiederholen. Allgemein gilt, daß die ORKB in engem Zusammenhang mit dem Haushalts- und Wirtschaftssystem des jeweiligen Landes fungiert und daß sich ein Finanzkontrollsystem keinesfalls in ein fremdes Umfeld übertragen läßt. Zu einer möglichst optimalen Lösung findet man am ehesten durch die sorgfältige Auswahl und Modifizierung einzelner Elemente aus verschiedenen Kontrollsystemen, die dann in das jeweilige Umfeld des betreffenden Landes eingepaßt werden müssen. Eine Entscheidung für ein bestimmtes Kontrollsystem sollte in jedem Fall sehr bedachtsam und sorgfältig getroffen werden.

Damit die ORKB eine wirksame Tätigkeit entfalten kann, muß gesetzlich garantiert sein, daß

- die ORKB zur Prüfung aller staatlichen Stellen berechtigt ist, die mit öffentlichen Geldern arbeiten;
- das Verhältnis zwischen ORKB und Parlament klar im

Finanzkontrollgesetz festgehalten ist;

- die ORKB direkt dem Parlament unterstellt ist und die Prüfberichte der ORKB von einem eigenen Parlamentsausschuß behandelt werden.

Die ORKB und Privatisierungsmaßnahmen

Neben allgemeinen Fragen der Organisation und der Prüfungsmethodik widmeten sich die Seminarteilnehmer auch jenen Bereichen, die für die neu gegründeten ORKB von besonderem aktuellen Interesse sind. Die Prüfung der Privatisierungen, eine große Herausforderung für die ORKB in Ost- und Westeuropa, wurde vom National Audit Office des Vereinigten Königreiches und dem ungarischen Staatsrechnungshof behandelt. Im Vereinigten Königreich sind seit 1979 46 bedeutsame Betriebe, das sind etwa zwei Drittel der ehemals verstaatlichten Industrie, privatisiert worden. Unter dem ehemals kommunistischen Regime der osteuropäischen Länder war faktisch alles Vermögen im Eigentum und unter der Kontrolle des Staates. Privatisierungsmaßnahmen werden hier weit mehr Zeit in Anspruch nehmen, als ursprünglich erwartet, da zuvor erst eine umfassende wirtschaftliche Infrastruktur geschaffen werden muß. Es wurde darauf hingewiesen, daß die Privatisierung unbedingt auch in unmittelbarem Zusammenhang mit der hohen Inlandsverschuldung in diesen Ländern in Angriff genommen werden muß.

Prüfung der staatlichen Unternehmen und der Kommunalverwaltung

Als nächstes folgten Berichte über die unterschiedlichen Ansätze zur Prüfung der staatlichen Unternehmen in Schweden, Deutschland und Ungarn. In manchen Ländern liegen die Kompetenzen für diesen Prüfungsbereich zur Gänze in den Händen der ORKB, in anderen werden sie ganz oder teilweise an private Wirtschaftsprüfer übertragen. In Osteuropa, wo bis in die unmittelbare Vergangenheit diese Betriebe faktisch Eigentum des zuständigen Ministeriums waren, gab es wenig Ansatzpunkte für eine Finanzkontrolle. Von der Geschäftsleitung mußte keinerlei Fehlerrisiko übernommen werden und es bestand wenig Möglichkeit, die Geschäftspolitik zu beeinflussen. Mit dem Übergang zur Marktwirtschaft wird es notwendig sein, auch alle Voraussetzungen für eine wirksame Kontrolle der staatlichen Vermögenswerte, insbesondere eindeutige und unmißverständliche Regeln für die staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung, die Erfüllung der Rechenschaftspflicht und die Finanzberichterstattung, zu schaffen.

Auch bei der Prüfung der Gemeinde- und Kommunalverwaltungen, über die die italienische und ungarische ORKB referierten, handelt es sich ebenso wie bei der Prüfung des Staatshaushaltes um absolutes Neuland für die jungen ORKB in den osteuropäischen Staaten. Man darf nicht übersehen, daß alle staatlichen Behörden mit öffentlichen Geldern arbeiten, auf kommunaler ebenso wie auf nationaler Ebene. Manche osteuropäischen ORKB räumten ein, daß sie in ihrem Streben

nach größtmöglicher Unabhängigkeit ihrer Behörden bisweilen über das Ziel hinausgeschossen sind und ein allzu umfangreiches Prüfungsmandat für alle Gemeinden übernommen haben. Dem gegenübergestellt wurden die Systeme der anderen westeuropäischen Länder, die nur bei Gemeinden ab einer gewissen Größe eine Prüfung durch die ORKB vorsehen oder die Prüfungskompetenzen für die Kommunalverwaltungen zur Gänze einer regionalen Kontrollbehörde übertragen haben.

Das Problem der Staatsschuld

Nach den Präsentationen über die Systeme und praktische Durchführung der Kontrolle des Staatshaushaltes in Spanien, Frankreich, Italien und Ungarn, entspann sich eine lebhafte Diskussion über die Aufgaben der ORKB im Zusammenhang mit einer Stellungnahme zum Haushaltsentwurf und der Gegenzeichnung öffentlicher Schuldurkunden. Die ORKB werden häufig um eine Stellungnahme zum Staatshaushalt ersucht und sie wären auch aufgrund ihrer langjährigen, einschlägigen Erfahrungen als unparteiische Berater bestens dafür geeignet und, so die Meinung der Delegierten, für diese Aufgabe auch zuständig. Allerdings muß, um die Unabhängigkeit der ORKB – die unter keinen Umständen aufs Spiel gesetzt werden darf – zu wahren, sorgsam darauf geachtet werden, keinesfalls das Parlament von seiner primären Verantwortung für diese Aufgabe zu entbinden.

Prüfungsmethoden und Schulungsmaßnahmen

Für das Thema Prüfungsmethoden war das National Audit Office, die ORKB des Vereinigten Königreiches zuständig. Der Referent bezog sich in seinem Vortrag auf die von seiner Kontrollbehörde ausgearbeiteten Richtlinien und auf die Richtlinien der INTOSAI für die externe Finanzkontrolle. Ein weiterer wesentlicher Punkt auf der Tagesordnung, Schulung und Ausbildung für die Entwicklung der Prüfungstätigkeit und der Prüfungstechniken, wurde vom französischen Rechnungshof geleitet. Viele ORKB der westlichen Länder machten das Angebot, ihre Fachkenntnisse und Erfahrungen in diesen wichtigen Bereichen mit den osteuropäischen Schwesterbehörden zu teilen.

Schweden und Ungarn fungierten als Vortragende zum Thema Informationstechnologie in der Finanzkontrolle. Dieses Thema war von so zentraler Bedeutung für die Teilnehmer, daß die EUROSAI aufgefordert wurde, Mittel und Wege aufzuzeigen, um den osteuropäischen Ländern den Aufbau eigener EDV Systeme zu ermöglichen.

Weiters stellte Richard Gagné die INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) und ihre Programme vor und Herr Bernhard Friedmann vom Rechnungshof der Europäischen Gemeinschaften (EG) beschrieb die verschiedenen finanziellen Hilfsprogramme der EG für die mittel- und osteuropäischen Länder: Wirtschaftshilfe, Gegenwertfonds, Balance of Payments

Loans, Anleihen der europäischen Investitionsbank und der Europäischen Bank für Wiederaufbau und Entwicklung. Er beschrieb den Aufbau und die Prüfungsaufgaben des Rechnungshofes der Europäischen Gemeinschaften und ging besonders auf die Prüfung der Wirtschaftshilfe an die mittel- und osteuropäischen Staaten und die Zusammenarbeit mit den ORKB in diesen Ländern ein.

Schlussfolgerung

Die Entwicklungen, die sich in dieser Region abzeichnen, werden sich weitgehend auf eine dauerhafte Neuordnung der Beziehungen zwischen allen Ländern im „gemeinsamen Haus Europa“ auswirken, da auch die osteuropäischen Staaten schließlich der EG beitreten und die Politik der Gemeinschaft mitbestimmen werden. Bei der europäischen Integration hat die staatlichen Finanzkontrolle eine ganz besonders bedeutsame Aufgabe zu erfüllen, denn die funktionstüchtige, zuverlässige, stichhaltige und möglichst umfangreiche Gebarungskontrolle der staatlichen Gelder und Vermögenswerte ist ein sicherer Garant für eine funktionierende Demokratie.



Einige der Vortragenden des EUROSAI/IDI Seminares vor dem Schulungszentrum des ungarischen Rechnungshofes in Velence. Stehend von links nach rechts: Johan H. Norvalls, Director General, Norwegen; Dr. Tassilo Broesigke, Generalsekretär, Österreich; Goran Steen, Prüfungsdirektor, Schweden; Juan Carlos Lopez, leitender Prüfungsdirektor, Spanien; John Higgins, Assistant Auditor General, Vereinigtes Königreich. ■

Länderprofil: Republik Jemen — Die zentrale Organisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung (COCA)

Von Ahmad Mohamed Al-Iryani, Präsident, COCA

(Anmerkung der Redaktion: In den Kurzmitteilungen in der Juli-Ausgabe 1991, S 3 berichtete die Zeitschrift über die Bestellung Herrn Al-Iryanis zum Präsidenten der neugegründeten Zentralorganisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung des Jemens. Dieses vorliegende Länderprofil beschreibt die Entwicklung der ORKB im Umfeld der sich verändernden politischen Landschaft des Jemens.)

Historischer Rückblick

Die Revolutionen vom September 1962 und Oktober 1963 in der arabischen Republik Jemen und in der demokratischen Volksrepublik Jemen führten zu radikalen Veränderungen in der politischen Landschaft der beiden Staaten. Diese Umwälzungen hatten deutliche Auswirkungen auf die wirtschaftliche, kulturelle und soziale Tätigkeit in diesen Ländern, die auf staatlicher Basis zum Erlaß von zahlreichen Gesetzen und Finanzverordnungen führten. Als die Notwendigkeit zur Gründung von Kontrollbehörden für die Ausführung externer Kontrollen staatlicher Einheiten sichtbar wurde, entwickelte sich in beiden Staaten eine Behörde für externe Rechnungskontrolle.

Externe Kontrolle und Rechnungsprüfung nahmen 1969 ihren Anfang, als ein hochrangig besetztes Komitee für Folgemaßnahmen gegründet wurde, das in Zusammenarbeit mit anderen Komitees finanzielle Angelegenheiten zu behandeln hatte. Die Arbeit des Komitees stand unter der Kontrolle des Kabinetts. Daraufhin wurde 1973 im Rahmen des ersten Staatsbudgets und des Wirtschafts- und Sozialplans ein zentrales Büro für Haushaltsvoranschläge gegründet. Die daran anschließenden weiteren Entwicklungen innerhalb der staatlichen Strukturen führten im Juli 1974 zur Gründung der zentralen Organisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung (Central Organization for Control and Auditing; COCA) mit Aufgaben der Vorbereitung der Haushaltsvoranschläge sowie der Aufgliederung der Einnahmen und Ausgaben.

Die Rechnungskontrolle wurde 1923 unter britischer Kolonialherrschaft eingeführt. Ursprünglich war das Amt für Rechnungskontrolle in Aden beheimatet und in der Folge wurde ein weiteres in Al-Mukala gegründet. Der Großteil, der von diesen Ämtern geleisteten Arbeit betraf die Kontrolle des Staatsbudgets. Nach der Unabhängigkeit wurden diese Ämter neu organisiert, um so eine Kontrolle über die neuen Wirt-

schafts- und Genossenschaftssektoren landesweit zu ermöglichen. Im Jahr 1972 wurde in der demokratischen Volksrepublik Jemen eine staatliche Organisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung gegründet.

Vereinigung: Die Republik Jemen

Nach der Vereinigung der beiden Staaten am 22. Mai 1990 gingen die beiden Rechnungskontrollorganisationen in die gemeinsame zentrale Organisation für Kontrolle und Rechnungsprüfung (COCA) über. Der Sitz der COCA befindet sich in Sana'a und am 24. Juli 1990 bestellte der Präsidialrat der Republik Jemen mittels Gesetzeserlaß die Führungskräfte der Organisation.

Aufgaben der Rechnungskontrolle

Als ORKB der Republik Jemen stellt die COCA eine unabhängige Behörde mit Finanz- und Verwaltungsunabhängigkeit dar. Die Kontrolle erfolgt durch den Präsidialrat, an den auch die Berichte geleitet werden müssen.

Die COCA hat zwei Hauptziele:

1. Die Kontrolle von Vermögenswerten und öffentlichen Mitteln, die sich im Eigentum des Staates oder von Körperschaften befinden, an denen der Staat Anteile hält, um so eine ordnungsgemäße Verwendung derselben gemäß den geltenden Gesetzen und Verordnungen zu gewährleisten; sowie
2. die Durchführung einer effektiven Kontrolle der Wirtschaftlichkeit der für Dienstleistungen und Produktion zuständigen Verwaltungseinheiten, um die Einhaltung der Gesetze und Normen zu gewährleisten, sowie weiters die Ursachen für Überschüsse, Defizite oder ungenutztes Potential festzustellen.

Zur Umsetzung dieser Ziele setzt die COCA folgende Maßnahmen:

- Kontrolle der Einnahmen und Ausgaben der Regierungsbehörden (Ministerien, Ressorts und Regierungsstellen) sowie öffentlichen und halböffentlichen Stellen des Wirtschaftssektors (Banken, Körperschaften und Firmen- gruppen, bei denen der Staat Anteile hält etc.);
- Kontrolle der Rechnungsabschlüsse der staatlichen und regionalen Verwaltungskörper sowie staatlich subventionierter Körperschaften (Wirtschafts-genossenschaften, staatliche Unionen, Gewerkschaften etc.);

- Kontrolle der Rechnungsabschlüsse der Behörden des Wirtschaftssektors zwecks Einschätzung ihrer finanziellen Position und Absicherung, daß ihre Rechnungslegung ordnungsgemäßen Verrechnungsprinzipien entspricht;
- Beurteilung der Wirtschaftlichkeit der Projekte und Programme der Fünfjahrespläne zur Absicherung, daß die gesetzten Ziele durchgeführt und eingehalten wurden, unter Berücksichtigung der Prinzipien der Kostenwirksamkeit; sowie
- im Zuge der anderen Aufgaben, die Überprüfung der geltenden Finanzgesetze und Regelungen auf ihre Wirksamkeit sowie Einbringung von Änderungsvorschlägen oder zusätzlichen Verordnungen zur Behebung von Mängeln.

Organisation

Der Hauptsitz der COCA befindet sich in Sana'a mit 17 Filialen in den einzelnen Provinzen. Die Organisation, die 1 121 Mitarbeiter umfaßt, steht unter der Leitung eines Präsidenten und eines Vizepräsidenten, dreier stellvertretender Präsidenten (für den Verwaltungs-, Wirtschafts- und Regionalrat sowie für die Stellen des Verwaltungssektors), 7 stellvertretenden Beisitzern und 23 Generaldirektoren.

Planung

Ein Dekret, daß vom Präsidenten der COCA erlassen werden wird, wird festlegen, daß die Planung in den Bereich eines Planungskomitees fallen soll. Das Planungskomitee wird folgende Mitarbeiter umfassen: Den Vizepräsidenten (als Leiter des Komitees), die 3 stellvertretenden Präsidenten, den stellvertretenden Beisitzer für den Regionalrat und die administrativen Stellen sowie den Direktor für Verwaltungsfragen, den Direktor für Finanzfragen und den Direktor für Statistik, Planung und Folgemaßnahmen.

Im Laufe des Planungsstadiums trägt jede Abteilung Daten über die Stelle, die geprüft werden soll, zusammen und nimmt eine Schätzung des Arbeitsvolumens, des erforderlichen Personales und eines angemessenen Zeitplanes für die Durchführung der Prüfung vor. Die Abteilungen arbeiten dann ihre eigenen Arbeitspläne, die auf den innerhalb der Einheit verfügbaren Mittel basieren, aus und im November eines jeden Jahres werden diese Pläne dann dem Ressort für Statistik, Planung und Folgemaßnahmen vorgelegt.

Das Planungskomitee tritt zusammen, um die Pläne der Abteilungen zu besprechen, zu überarbeiten und zu bewerten und legt einen Generalplan zur Endberatung und Beschließung

dem Organisationsrat vor. Nach Annahme dieses allgemeinen Prüfungsplanes erstellt jede Abteilung ihr detailliertes Prüfungsprogramm für die geprüfte Stelle und führt die Rechnungs-kontrolle aus.

Die Berichterstattung an das Ressort für Statistik, Planung und Folgemaßnahmen erfolgt seitens jeder Abteilung vierteljährlich. Zusätzlich tritt der Organisationsrat zusammen, um die bereits geleistete Arbeit zu besprechen und einzuschätzen sowie um aufgetretene Probleme und Hindernisse, wenn erforderlich, zu beheben.

Fortbildung

Aufgrund der schnellen Entwicklung der Wirtschafts- und Verwaltungssektoren des Jemens steigt die Arbeit der Rechnungsprüfer dramatisch an. Um mit dem beschleunigten Wachstum der Einnahmen und Ausgaben Schritt halten zu können, wurde das Prüfungspersonal stark aufgestockt. Als Folge dessen besteht eine wesentlich höhere Nachfrage nach Fortbildungs- und Entwicklungsprogrammen.

Personalanstieg in der COCA	
Jahr	Anzahl der Mitarbeiter
1975	30
1980	220
1985	430
1991	1 121

1985 arbeitete das Entwicklungsprogramm der Vereinten Nationen ein Projekt für den Jemen aus, wodurch den Mitarbeitern der COCA die Möglichkeit geboten wird, an Fortbildungsprogrammen und Seminaren sowie an internationalen und regionalen Konferenzen und Schulungen teilzunehmen. Der Langzeitplan dieses Projektes enthält folgendes:

- Kurze theoretische und praktische Kurse, die im Trainingszentrum der COCA abgehalten werden und die direkt von praxisorientierten Veranstaltungen unterstützt werden.
- Teilnahme an Fortbildungsprogrammen, die im Ausland über Wirtschaftlichkeitsprüfungen abgehalten werden, sowie
- Informationsreisen für höhere Beamte zu anderen ORKB zwecks Erfahrungsaustausch. ■

Neuerscheinungen

Als Beitrag zur Internationalen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (INTOSAI) und zur INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) veröffentlichte die ORKB Israels *State Audit and Accountability: A Book of Readings* (Staatliche Finanzkontrolle und Rechenschaftspflicht: eine Sammlung von Aufsätzen). Das von Dr. Asher Friedberg, Dr. Benjamin Geist, Herrn Nissim Mizrahi und Professor Ira Sharkansky herausgegebene Buch beinhaltet 25 Beiträge von internationalen Fachleuten aus Theorie und Praxis der staatlichen Finanzkontrolle, des Rechnungswesens und der Evaluierung. Es bietet eine reichhaltige Sammlung von Aufsätzen, in denen sowohl auf die geschichtliche Entwicklung und auf die Wurzeln der staatlichen Finanzkontrolle als auch auf neu auftretende Entwicklungen und Tendenzen eingegangen wird. Im Vorwort hält Miriam Ben-Porat, der Leiter der israelischen ORKB, fest, daß die Sammlung einen „Eindruck von Kontinuität und Veränderung vermittelt“. Die Aufsätze, von denen mehr als die Hälfte zuvor noch nicht veröffentlicht worden waren, behandeln die Grundsätze, Methoden und Praktiken der staatlichen Finanzkontrolle. Viele der Autoren sind den Lesern der Zeitschrift durch ihre Beiträge zur INTOSAI und zur Zeitschrift und durch ihre Mitwirkung an internationalen Seminaren, Ausbildungsprogrammen und Konferenzen wohl bekannt. Das Buch wird sowohl für Fachleute auf dem Gebiet der Finanzkontrolle als auch für die immer zahlreicher werdenden Sozialwissenschaftler, die sich mit staatlicher Finanzkontrolle befassen, von Interesse sein, und die Herausgeber sind der Meinung und hoffen, daß es als grundlegendes Nachschlagewerk für die INTOSAI-Mitgliedsbehörden dienen wird. Zwei Exemplare werden von der IDI an alle INTOSAI-Mitgliedsbehörden übermittelt. Weitere Exemplare können um US\$ 30 durch schriftliche Anforderung bei **Robert Schwartz, State Comptroller's Office, P.O.Box 1081, Jerusalem 91010, Israel**, direkt erworben werden.

Im Rahmen ihrer laufenden Forschungstätigkeit veröffentlichte die kanadische Stiftung für Comprehensive Auditing zwei neue Berichte. *Comprehensive Audit Reporting: Concepts, Issues, Practices* (Berichterstattung über Prüfungen, die sich auf die Ordnungs- und Rechtmäßigkeit und auf die Wirtschaftlichkeit erstrecken: Konzepte, Fragestellungen, Methoden) bietet eine Beschreibung und Analyse gängiger Methoden und Empfehlungen zu möglichen Weiterentwicklungen der Berichterstattung über comprehensive audits. Während der Durchführung ihrer Arbeit traf die Arbeitsgruppe mit Prüfern im Bereich der bundesstaatlichen und regionalen Gesetzgebung,

Fachleuten auf dem Gebiet des Rechnungswesens und der Finanzkontrolle sowie Beratungsfirmen und Prüfern der staatlichen Unternehmen zusammen. Die Studie beginnt mit einer Untersuchung und Beschreibung der comprehensive audits und ihrer Grenzen und geht dann auf Fragen im Zusammenhang mit dem Prüfungsumfang, dem Grad der Zuverlässigkeit von Prüfungen und ihrer Bedeutung im Rahmen der Berichterstattung über derartige Prüfungen ein. Exemplare dieser Publikation sind um 25 kanadische Dollar erhältlich.

Ein Begleitband *How You Can Influence A Comprehensive Audit: A Client's Guide* (Wie Sie eine comprehensive audit beeinflussen können: ein Leitfaden für geprüfte Stellen) beantwortet Fragen im Zusammenhang mit dem Modus des comprehensive auditing, sodaß sich die geprüften Stellen besser darauf vorbereiten können, einen Nutzen aus einer solchen Prüfung zu ziehen. Der Band ist jedoch keine Zusammenfassung des ersten Berichtes. Er wurde für die geprüften Stellen geschrieben, nicht für die fachkundigen Prüfer und ist für Manager und Führungskräfte in Einrichtungen, die comprehensive audits unterzogen wurden, bestimmt. Den geprüften Stellen wird das Grundkonzept der comprehensive audits erklärt und ein Überblick über den Prüfungsablauf gegeben, sodaß sie durch eine rege Beteiligung an den Besprechungen während des Prüfungsverlaufs einen größtmöglichen Nutzen aus einer comprehensive audit ziehen können. Exemplare dieser Broschüre sind um 6 kanadische Dollar erhältlich.

Beide Publikationen sind als zweisprachige Ausgabe (Englisch/Französisch) erhältlich und können bei **The Canadian Comprehensive Auditing Foundation, The Carriageway, 55 Murray Street-Suite 210, Ottawa, Ontario, K1N 5M3, Kanada**, bezogen werden.

Für Teilnehmer einer vor kurzem abgehaltenen Tagung über Weltfinanzmärkte gab das General Accounting Office (GAO) eine Sonderausgabe der Zusammenfassung seines Berichtes über *Global Financial Markets: International Coordination Can Help Address Automation Risks* (Globale Finanzmärkte: Die internationale Koordinierung kann den mit der Umstellung auf EDV verbundenen Risiken entgegenwirken) heraus. Die Zusammenfassung gibt einen Überblick über die Ergebnisse, die Hauptfeststellungen und Empfehlungen des Berichtes und wurde in Englisch, Französisch, Deutsch, Japanisch und Spanisch gedruckt. Die Delegierten ersuchten um mehr als 400 Exemplare der Berichtszusammenfassung, in der eine bessere weltweite Koordinierung betreffend Fragen

wie EDV-Sicherheit, Kapazität, Planung für Eventualfälle und technische Überprüfungen verlangt wird. Einzelne Exemplare der Berichtszusammenfassung, IMTEC-91-62ES, oder der komplette Bericht (nur auf Englisch verfügbar), IMTEC-91-62, können kostenlos auf schriftliche Anfrage beim **U.S. General Accounting Office, 441 G Street NW - Room 7806, Washington, DC 20548, USA** bezogen werden.

Die Abteilung für Entwicklungshilfeverwaltung der Hauptabteilung für technische Zusammenarbeit im Dienste der Entwicklung der Vereinten Nationen veröffentlichte einen Bericht über *Government Financial Management in Least Developed Countries* (Staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung in am wenigsten entwickelten Ländern). Die Arbeit an diesem Projekt begann vor einigen Jahren und ein erster Bericht sowie sechs Fallstudien wurden der Expertengruppentagung der Vereinten Nationen in Nikosia, Zypern, im November 1989 vorgelegt. Seit 1990 wurden 42 Länder von den Vereinten Nationen auf der Grundlage ihres Pro-Kopf-Einkommens, des Grades der Alphabetisierung und des kleinen Produktionssektors als „am wenigsten entwickelt“ eingestuft. Diese Veröffentlichung soll das Wirtschaftswachstum fördern, indem den Entscheidungsträgern in diesen Ländern und den Geberländern, die ihnen Unterstützung gewähren, eine Analyse gängiger Methoden der Haushalts- und Wirtschaftsführung und Empfehlungen zu deren Verbesserung zur Verfügung gestellt werden. Die Analyse wurde in folgenden Bereichen durchgeführt: Erstellung des Haushaltsplans, Rechnungswesensysteme, interne Kontrolle, Delegation von finanziellen Befugnissen, Verfahren der Steuereinhebung, Finanzplanung, personelle Ausstattung und Ausbildung. Die Publikation umfaßt auch eine Checkliste von wesentlichen Punkten in staatlichen

Haushalts- und Wirtschaftsführungssystemen und eine Bibliographie sachdienlicher Literatur. Exemplare der nur in Englisch verfügbaren Veröffentlichung können auf schriftliche Anfrage bei den **UN Publications, 2 UN Plaza, Room DC2-0853, New York, NY 10017 USA**, bezogen werden.

In seiner Funktion als Bundesbeauftragter für Wirtschaftlichkeit in der Verwaltung hat der Präsident des Bundesrechnungshofes ein Gutachten mit dem Titel *Datenverarbeitung in der Bundesverwaltung – Feststellungen und Hinweise zu Mängeln und Risiken der Informationstechnik* herausgegeben. Der Bundesrechnungshof hat bei seinen Prüfungen bei ganz unterschiedlichen Verwaltungen auffallend gleichartige und häufig wiederkehrende Mängel bei der Ordnungsmäßigkeit und Wirtschaftlichkeit der Informationsverarbeitung festgestellt. In der ca. 200 Seiten umfassenden Veröffentlichung werden diese Schwachstellen aufgezeigt und Vorschläge für einen ordnungsgemäßen und wirtschaftlichen Einsatz der Datenverarbeitung unterbreitet. Darüber hinaus weist das Gutachten auf Risiken beim Einsatz der Informationstechnik (IT) hin, die nicht nur die Funktion der Rechner, sondern auch die Funktionsfähigkeit der in hohem Maße von der IT abhängigen öffentlichen Verwaltung gefährden können. Es enthält weiterhin einen Bericht des Bundesrechnungshofs zur Sicherheit der Informationsverarbeitung in Rechenzentren der Bundesverwaltung und befaßt sich im letzten Teil mit Sicherheitsfragen beim Einsatz von Arbeitsplatzcomputern.

Das Gutachten in deutscher Sprache ist auf Anfrage kostenlos beim **Bundesrechnungshof, Referat Pr/Int, Postfach 10 04 33, D-6000 Frankfurt am Main 1, Bundesrepublik Deutschland**, erhältlich. ■

35. Tagung des Präsidiums in Washington

Das Präsidium der INTOSAI traf vom 6. bis 9. Oktober 1991 in Washington zusammen, um eine Reihe von Belangen und Fachprogrammen zu erörtern. In erster Linie ging es dabei um die Arbeit der INTOSAI-Richtlinienausschüsse, die Überarbeitung der INTOSAI-Statuten und Pläne für den XIV INCOSAI, der im Oktober 1992 in Washington stattfinden soll. Die Delegierten aller teilnehmenden Mitgliedsbehörden – Australien, Costa Rica, Deutschland, Finnland, Indonesien, Kenia, Österreich, Peru, Philippinen, Ungarn und Vereinigte Staaten – beteiligten sich an produktiven Diskussionen, die die Organisation in einer Reihe von wichtigen Fragen weiterbrachten. Weiters nahmen an den Sitzungen als Beobachter Vertreter der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (Kanada), der EUROSAI (Italien und Spanien), des vor kurzem gegründeten INTOSAI-Richtlinienausschusses für die Prüfung öffentlicher Schulden (Mexiko) und der Vereinten Nationen teil.

In seiner Begrüßungsansprache verwies der Vorsitzende des Präsidiums, Dr. Zavelberg, Deutschland, darauf, daß „in den achtzehn Monaten seit der letzten Tagung des Präsidiums in Wien in Europa und in der Welt tiefgreifende politische und wirtschaftliche Änderungen eingetreten sind. Diese Umwälzungen blieben nicht ohne Auswirkungen auf die staat-

liche Finanzkontrolle in einer Reihe von Ländern und auf die Zusammenarbeit in der INTOSAI und in ihren regionalen Arbeitsgruppen“. Dr. Zavelberg erwähnte insbesondere ein Land und kam auf die Rolle, die die INTOSAI bei der Unterstützung neugegründeter ORKB spielen kann, zu sprechen, als er fortfuhr „Die Tschechische und Slowakische Föderative Republik (CSFR) verstärkte im vergangenen Jahr auch ihre Kontakte zur INTOSAI. Die neue ORKB der CSFR spielt eine aktive Rolle in der EUROSAI; der Leiter der ORKB der CSFR wurde zum Mitglied des Präsidiums der EUROSAI gewählt. Ein Kernproblem in der CSFR ist die Neugestaltung der Beziehungen zwischen der ORKB des ganzen Landes und den Prüfungsbehörden der einzelnen Republiken. Die Erfahrungen anderer INTOSAI-Mitglieder könnten bei der Suche nach einer entsprechenden Lösung eine Hilfestellung bieten“.

Der erste stellvertretende Vorsitzende des Präsidiums, Herr Taylor, Australien, ging ebenfalls auf das Thema internationale Zusammenarbeit ein und berichtete, daß die Teilnahme an regionalen und internationalen Konferenzen eine große Bereicherung darstellte. Herr Taylor hob auch die gemeinsamen Bemühungen der vielen ORKB, die dem INTOSAI-Richtlinienausschuß für die Finanzkontrolle angehören, hervor, die zu einer erfolgreichen Überarbeitung der Richtlinien



Die Mitglieder des Präsidiums und die Beobachter, die fünfzehn Oberste Rechnungskontrollbehörden sowie internationale und regionale Organisationen vertreten, versammeln sich während der 35. Tagung des Präsidiums der INTOSAI zu einem formellen Gruppenphoto. Die Funktionäre des Präsidiums sind sitzend abgebildet, von links nach rechts: Dr. Broesigke, Generalsekretär, Österreich; Herr Meert, Australien; Herr Taylor, erster stellvertretender Vorsitzender, Australien; Dr. Zavelberg, Vorsitzender, Deutschland; Herr Kaltenbach, Deutschland; Herr Bowsher, zweiter stellvertretender Vorsitzender, Vereinigte Staaten; und Herr Aliferis, Vereinigte Staaten



Dr. Luz Aurea Saenz, die Leiterin der ORKB von Peru und Vorsitzende des INTOSAI-Satzungsausschusses, ergreift das Wort während der Diskussion über die Überarbeitung der Satzung der INTOSAI. Das Präsidium stimmte den vorgeschlagenen Überarbeitungen zu, die der Plenarsitzung des XIV INCOSAI im Oktober 1992 zur Genehmigung vorgelegt werden. Der 1986 gegründete Satzungsausschuß, der die ursprüngliche Satzung überarbeiten und Änderungen empfehlen sollte, besteht aus den ORKB Frankreichs, Indonesiens, Libyens, Österreichs, Perus, Spaniens, Togos und der Vereinigten Staaten.

entsprechend den Empfehlungen des Kongresses von Berlin 1989 führten.

Pläne für den Kongreß 1992

Mehr als neunzig ORKB und 225 Delegierte haben sich bereits für den XIV INCOSAI vorangemeldet, der im Oktober 1992 in Washington stattfinden soll, berichtete Herr Bowsher, Vereinigte Staaten. Als Leiter der ORKB, die Gastgeber der Veranstaltung 1992 sein wird, faßte Herr Bowsher die für den Kongreß bestehenden Pläne zusammen. Der Kongreß wird ein einwöchiges Programm umfassen, auf das in der zweiten Woche ein dreitägiges Symposium folgen wird.

Die erste Woche wird zwei Themen sowie Fachplenarsitzungen und Plenarsitzungen zu verschiedenen Belangen gewidmet werden. Das Thema I lautet „Finanzkontrolle in einer sich verändernden Umwelt: Die wachsende Rolle der ORKB“. Herr Bowsher berichtete, daß die Grundlagenpapiere



Einen Höhepunkt während des Aufenthaltes der Präsidiumsmitglieder in Washington bildete ein Empfang, den die Interamerikanische Entwicklungsbank ihnen zu Ehren gab, worauf eine Balletaufführung im John F. Kennedy Center for the Performing Arts folgte, zu der das Internationale Institut für Innenrevisoren eingeladen hatte. Oben während des Empfanges abgebildet sind, von links nach rechts: Dr. Zavelberg, Deutschland; Herr Bowsher, Vereinigte Staaten; Herr Mills, der Vorsitzende des Boards des Instituts für Innenrevisoren; Herr Soley, Costa Rica; und Herr Iglesias, der Präsident der Interamerikanischen Entwicklungsbank.

zum Thema I übersetzt und an alle ORKB übermittelt worden sind und daß bereits zahlreiche Länderpapiere zu den Grundlagenpapieren erstellt wurden.

Das Thema II „Verbesserungen der staatlichen Finanzkontrolle durch die Richtlinienausschüsse der INTOSAI“ wird die Arbeit der vier INTOSAI-Richtlinienausschüsse (Rechnungswesen, Finanzkontrolle, interne Kontrolle und öffentliche Schulden) in die Fachdiskussionen des Kongresses einbe-

Thema I Finanzkontrolle in einer sich verändernden Umwelt: Die wachsende Rolle der ORKB

- IA: Erfahrungen in der Ausweitung des Ausmaßes der Finanzkontrolle
- IB: Programmbewertung (Erfolgskontrolle): Eine neu entstehende Methode
- IC: Überprüfung von öffentlichen Unternehmen: neue Methoden und Verfahren

Thema II: Verbesserungen der staatlichen Finanzkontrolle durch die Richtlinienausschüsse der INTOSAI

- IIA: Rechnungswesen
- IIB: Externe Kontrolle
- IIC: Interne Kontrolle
- IID: Öffentliche Schulden

Symposium: Einführung und Anwendung neuer Technologien in der ORKB

Das dreitägige Symposium umfaßt Podiumsdiskussionen, Fallstudien, Vorträge, Diskussionen in Kleingruppen und Vorführungen.



Einer der Tagesordnungspunkte, über die ein Beschluß des Präsidiums gefaßt wurde, war der Antrag der Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (EUROSAI), als regionale Arbeitsgruppe anerkannt zu werden. Mit der Annahme ihres Antrages durch das Präsidium wird die EUROSAI die siebente regionale Arbeitsgruppe der INTOSAI. Mit vierunddreißig Mitgliedsbehörden ist die EUROSAI auch die größte regionale Arbeitsgruppe. Oben abgebildet ist Herr Muñoz, Spanien, dritter von links, als er den formellen Antrag im Namen der EUROSAI stellt. Ebenfalls abgebildet sind, von links nach rechts: Herr Marathon, Indonesien; Herr Clemente, Italien; Herr Muñoz; und Herr Gantner, Ungarn.

ziehen, sodaß den Delegierten Gelegenheit geboten wird, praxisbezogene Fragen in Zusammenhang mit der Arbeit der Ausschüsse sowie künftige Schwerpunktsetzungen für die Ausschüsse zu erörtern.

Herr Bowsher berichtete auch über die Ergebnisse einer Befragung aller ORKB betreffend ihr Interesse an Themen für das Symposium „Einführung und Anwendung neuer Technologien in der ORKB“. Mehr als siebzig ORKB beteiligten sich an der Befragung und das Programm für das Symposium wurde auf der Grundlage einer Auswertung der Ergebnisse der Befragung erstellt. Das dreitägige Programm wird Sitzungen, Vorführungen und Ausstellungen zu drei Hauptthemen umfassen: die Umstellung der Prüfungsbehörde auf EDV, computergestützte Prüfungstechniken und die Prüfung von EDV-Systemen.

Das Präsidium stimmte der Auswahl von Themenbetreuern zu, die während des Kongresses vielfältige Aufgaben erfüllen werden; ORKB, die alle Regionen, Sprachen und Finanzkontrollsysteme vertreten, sind unter den Themenbetreuern zu finden. Weiters nahm das Präsidium die vorgeschlagene Geschäftsordnung für den XIV INCOSAI an. Herr Bowsher wies auch darauf hin, daß eine Liste von Fachausdrücken in den fünf INTOSAI-Sprachen in dem Bemühen ausgearbeitet wird, die Kommunikation während der Fachdiskussionen zu erleichtern. Herr Bowsher schloß seinen Bericht mit anerkennenden Worten an die ORKB, die in der Vergangenheit Gastgeber von INCOSAI waren, und an das Generalsekretariat, das eine Hilfestellung in Form von Ratschlägen bot, ab.

Die Richtlinienausschüsse berichten über Fortschritte, das Präsidium billigt die Arbeit

Ein größerer Fortschritt gelang der 35. Tagung des Präsidiums im Bereich der Richtlinienausschüsse. Das Präsidium billigte die von den Vorsitzenden der Richtlinienausschüsse für Rechnungswesen, Finanzkontrolle und interne Kontrolle vorgelegten Berichte und Dokumente; es gründete einen neuen Richtlinienausschuß für die Prüfung öffentlicher Schulden unter der Leitung von Mexiko und übertrug Indien den Vorsitz im Ausschuß für die EDV-Prüfung (siehe schattierter Kasten mit einer Auflistung der ORKB, die Richtlinienausschüssen angehören).

Ein Vorschlag Finnlands, die Richtlinien für das Rechnungswesen, die Finanzkontrolle und die interne Kontrolle zu genehmigen, rasch zu veröffentlichen und nach Bedarf zu überarbeiten oder auf den neuesten Stand zu bringen, war Gegenstand ausführlicher Diskussionen und fand die Unterstützung von Präsidiumsmitgliedern. Während seines Berichtes als Vorsitzender des Richtlinienausschusses für die Finanzkontrolle betonte Herr Taylor, daß der finnische Vorschlag seine volle Unterstützung findet und führte aus: „Richtlinien sind lebende Dokumente. Die Person des Leiters der ORKB ändert sich und neue Situationen entstehen. Es muß irgendwo ein Schlußstrich gezogen werden, wenn ein abgeschlossenes Dokument so rechtzeitig erstellt werden soll, daß alle ORKB sich eingehend damit befassen können. In gewisser Hinsicht kann man die Ausarbeitung von Richtlinien mit einem Kinofilm vergleichen, der Situationen im zeitlichen Ablauf darstellt, im Gegensatz zu einer gedruckten Version, die einem einzigen Schnappschuß gleichkommt. Wir werden also eine

INTOSAI Richtlinienausschüsse

Rechnungswesen	Finanzkontrolle	EDV	Interne Kontrolle	Öffentliche Schulden
Ghana Italien Kanada Kenia Malaysia Österreich Peru Schweden Trinidad & Tobago	Argentinien Australien Belgien Brasilien Costa Rica Japan Österreich Philippinen Saudi Arabien Schweden Vereinigtes Königreich Vereinigte Staaten	Indien (gegründet im Oktober 1991— die Mitglieder müssen erst ausgewählt werden)	Ägypten Chile Frankreich Jamaika Jugoslawien Österreich Spanien Tansania Vereinigte Staaten	Argentinien Jordanien Korea Mexiko Portugal Vereinigtes Königreich Vereinigte Staaten

Momentaufnahme vorlegen, die zu irgendeinem Zeitpunkt vor dem XIV INCOSAI aufgenommen worden ist und nach dem Kongreß werden wir einen weiteren Schnappschuß aufnehmen und ein noch klareres Bild erhalten. Damit würden wir dem Vorstoß des sehr heiklen nordischen Vorschlages entsprechen“. Vor diesem Hintergrund der Verpflichtung des Präsidiums, federführend an einer möglichst raschen Weiterentwicklung der Richtlinien mitzuwirken, nahm das Präsidium die Dokumente über die Richtlinien als lebende Dokumente an, mit deren Abänderung und Erweiterung im Lauf der Zeit gerechnet wird. Das wird dazu beitragen, sicherzustellen, daß die bedeutende Arbeit der Ausschüsse während der Zeit zwischen Kongressen erfolgreich fortgesetzt wird. Mit der Genehmigung der „Richtlinien für die Finanzkontrolle“, der „Richtlinien und Normen für die interne Kontrolle“ und der „Erklärungen 1, 2, 3“ zu Richtlinien für das Rechnungswesen schuf das Präsidium gleichzeitig eine Grundlage für Diskussionen zum Thema II während des XIV INCOSAI.

Das Präsidium erreichte während der Diskussion über die INTOSAI-Richtlinienausschüsse zwei weitere wichtige Ziele. Erstens wurde der Unterausschuß des Richtlinienausschusses für die Finanzkontrolle, der als Ergebnis der Diskussionen während des Berliner Kongresses zur Behandlung der Frage der Prüfung der öffentlichen Schulden eingesetzt worden war, in den Rang eines eigenen Ausschusses unter der Leitung der ORKB Mexikos erhoben. Herr Castillo, der Leiter der mexikanischen ORKB, legte einen Vorschlag für Terms of reference vor, der vom Präsidium angenommen wurde, und gab einen Überblick über die beabsichtigten Aktivitäten des neuen Ausschusses. Eine Tagung des Ausschusses soll bald nach der Tagung des Präsidiums in Mexiko City stattfinden.

Zweitens wurde Indien zum Vorsitzenden des vor kurzem gegründeten INTOSAI-Richtlinienausschusses für die EDV-Prüfung gewählt und Herr Somiah, der Comptroller and Auditor General von Indien nahm diese Funktion an. Es wurde festgehalten, daß der Richtlinienausschuß für die EDV-Prüfung während des Technologiesymposiums, das im Oktober 1992



Herr Njoroge, Kenia, ergreift während einer Diskussionssitzung das Wort. Als Gastgeber des X INCOSAI, der 1980 in Nairobi stattfand, gibt Herr Njoroge dem Präsidium einen Einblick in Fragen im Zusammenhang mit der Planung der in Dreijahresabständen stattfindenden INTOSAI-Kongresse. Ebenfalls abgebildet ist rechts Herr Yoedono, Indonesien.

in Washington stattfinden soll, eine maßgebliche Rolle spielen wird, wobei gehofft wird, daß die Ergebnisse des Symposiums die laufende Arbeit des neuen Ausschusses unterstützen werden.

Jahresbericht der Internationalen Zeitschrift und der IDI

Der Jahresbericht der Internationalen Zeitschrift für staatliche Finanzkontrolle für das Jahr 1990 wurde dem Präsidium vorgelegt; er beinhaltet Informationen über die Finanzen, die Tätigkeit und Leistungen der Zeitschrift im Kalenderjahr 1990. Unter den Leistungen des vergangenen Jahres sind die Aufstockung des Betriebskapitals, die Erstellung eines Dreijahreshaushaltsplans als Teil des langfristigen Geschäftsplans der Zeitschrift, die Erstellung eines Handbuchs, das das Haushalts- und Wirtschaftsführungssystem der Zeitschrift dokumentiert, und die vollständige Umstellung des Betriebs auf Desktop-Publishing anzuführen. Die vier vierteljährlich erschienenen Ausgaben der Zeitschrift im Jahr 1990 berichteten umfassend über die Aktivitäten und Programme der INTOSAI, einschließlich der Tagung des Präsidiums, sowie über die Arbeit der INTOSAI-Richtlinienausschüsse und über Kongresse der sieben regionalen Arbeitsgruppen der INTOSAI. Weiters wurden Leitartikel von drei Leitern von ORKB und Fachbeiträge zu Themen wie Privatisierung, Informationstechnologie und öffentliche Schulden veröffentlicht. Es wurde festgehalten, daß die Zeitschrift wie in der Vergangenheit umfassend über die Ergebnisse des XIV INCOSAI berichten wird.

Der Jahresbericht der INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) wurde dem Präsidium ebenfalls vorgelegt und beinhaltet den Tätigkeitsbericht für 1990 und eine Übersicht über die für 1991 geplanten Hauptprojekte. Insgesamt wurden im Rahmen der IDI-Ausbildungsprogramme 1990 neun Workshops für 187 Teilnehmer aus 109 Ländern veranstaltet und drei neue Lehrbücher ausgearbeitet und erstellt. Als Ergebnis des Informationsaustausches wurden eine Anzahl von Kursen und Prüfungssoftwarebeschreibungen neu in das IDI-Internationale Schulungsverzeichnis aufgenommen; die IDI-Nachrichten wurden eingestellt und durch regelmäßige Tätigkeitsberichte in der Internationalen Zeitschrift ersetzt.

Die aktive Unterstützung und Mitwirkung vieler ORKB trug zum Erfolg der IDI bei, im Bericht sind zur Veranschaulichung folgende Seminare und die teilnehmenden ORKB angeführt: ein von den Philippinen veranstaltetes Seminar über die Prüfung öffentlicher Schulden, an dem Kanada, Pakistan und Japan mitwirkten; ein Workshop über EDV-Prüfung, dessen Gastgeber Simbabwe war, unter Mitwirkung von Kanada und den Niederlanden; ein Seminar über Wirtschaftlichkeitsprüfungen, das Ägypten mit der Unterstützung Tunesiens veranstaltete, ein Mikrocomputer-Seminar in Schweden; ein Workshop über Prüfungstests, das von der ASOSAI, der AFROSAI, der CAROSAI und der SPASAI unter Mitwirkung des Vereinigten Königreiches und der Schulungsinitiative des Commonwealth durchgeführt wurde; und ein Seminar über gerichtliche Kontrolle, das mit der Unterstützung Frank-

reichs in frankophonen AFROSAI-Mitgliedsländern abgehalten wurde.

Diskussion verschiedener INTOSAI Belange

Während der Beratungen des Präsidiums in Washington fanden Diskussionen und Beschlußfassungen über eine Reihe anstehender Fragen statt. Es ging dabei um die Aufnahme zweier neuer Mitglieder, der Obersten Rechnungskontrollbehörden der Marshall-Inseln und Guinea-Bissaus, und um die formelle Anerkennung der vor kurzem gegründeten Europäischen Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (EUROSAI). Weiters nahm das Präsidium einen Bericht des Satzungsausschusses entgegen, dem die Überarbeitung der INTOSAI-Geschäftsordnung übertragen worden war; die vorgeschlagenen Statuten, die die Vorsitzende des Ausschusses, Dr. Saenz, Peru, vorlegte, wurden vom Präsidium einstimmig angenommen und werden allen Mitgliedern der INTOSAI während des XIV INCOSAI unterbreitet werden. Das INTOSAI Sekretariat wird die überarbeiteten Statuten allen Mitgliedern in einem der nächsten Circulars zur Kenntnis bringen.



Die 35. Tagung des Präsidiums war die letzte Präsidialtagung für Dr. Broesigke, den Generalsekretär der INTOSAI, dessen Amtszeit als Präsident des österreichischen Rechnungshofes im Juni 1992 abläuft. Das Präsidium bringt seine Würdigung und Dankbarkeit für Dr. Broesigkes zehnjähriges Wirken für die INTOSAI zum Ausdruck, indem es ihm einen historischen Druck überreicht. Oben abgebildet sind bei der offiziellen Überreichung von links nach rechts: Herr Bowsher, Vereinigte Staaten, der Gastgeber der Tagung des Präsidiums; Dr. Broesigke und Dr. Zavelberg, Deutschland, der Vorsitzende des Präsidiums.

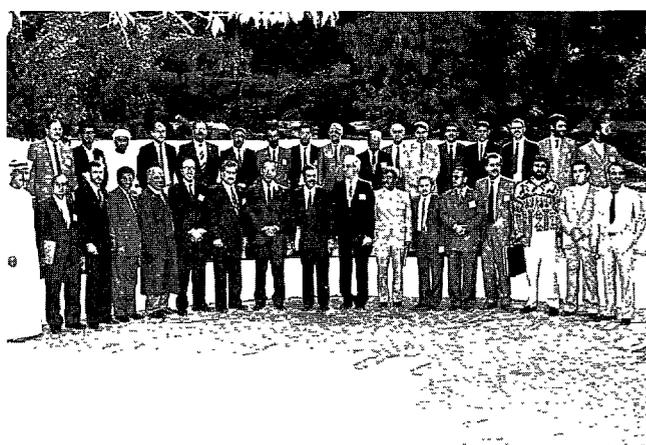
ARABOSAI und IDI führen ein EDV-Seminar durch

Vom 9. bis 20. November 1991 veranstalteten die Arabische Organisation der Obersten Rechnungskontrollbehörden (ARABOSAI) und die INTOSAI-Entwicklungsinitiative (IDI) gemeinsam in Algerien ein Ausbildungsworkshop über Finanzkontrolle in einem auf EDV eingestellten Umfeld. Gastgeber des in Algier abgehaltenen Workshops mit dem Titel „EDV-Prüfung“ war die Oberste Rechnungskontrollbehörde Algeriens. Das Workshop beinhaltete Vorträge, Vorführungen,

praktische Erfahrungen im Umgang mit Mikrocomputern sowie ein Ausbildungsprogramm für Ausbildungsleiter.

In den Sitzungen wurden EDV-Grundkenntnisse vermittelt sowie die Kontrolle der EDV-Systeme, Wirtschaftlichkeitsprüfungen von EDV-Systemen und die Planung der Einführung und des Einsatzes von Mikrocomputern in der Finanzkontrolle behandelt. Die Vorführungen befaßten sich mit der Anwendung einiger Softwarepakete für Mikrocomputer in der Finanzkontrolle wie der Interactive Data Extraction & Analysis — IDEA (Interaktiver Datenabruf und Datenanalyse) und LOTUS, wie sie von der ORKB Kanadas verwendet werden, sowie mit der praktischen Anwendung und dem Einsatz von Mikrocomputern in der Finanzkontrolle. Das Ausbildungsprogramm für Ausbildungsleiter befaßte sich mit der Theorie und Praxis, wobei Präsentationen der Teilnehmer auf Video aufgezeichnet und anschließend analysiert, kommentiert und diskutiert wurden, um eine Ausbildung in den neuesten Schulungsmethoden und Präsentationstechniken zu ermöglichen.

Die ORKB Algeriens gewährte den Teilnehmern und Ausbildnern die erforderliche Unterstützung und übernahm Verwaltungsaufgaben, sie trug damit zum Erfolg des Workshops entscheidend bei. Weiters wurden Exkursionen zu einigen wichtigen Orten in der Umgebung von Algier und zu Museen organisiert sowie zum EDV-Zentrum des staatlichen Ministeriums für Postämter und Kommunikation. Das Workshop wurde mit einem Bankett abgeschlossen.



Teilnehmer am AFROSAI-IDI Seminar über EDV-Prüfung in Algier waren, zweite Reihe (von links nach rechts): Ahmed Samy, Ägypten; Mohamed Ashoor, Bahrain; Hamid Al-Farissi, Oman; Boulhadid Hessain, Algerien; Faleh Al-Kaissi, Irak; Hadi Al-Tawalbih, Jordanien; Maustapha Ould Mohamed, Mauretanien; Hattem Sellini, Tunesien; Khellil Chemengui, Tunesien; Abdul Jalil Abdoul, Vereinigte Arabische Emirate; Adib Salama, Libanon; Hadhoudi Mohamed, Marokko; Ahsen Boughaida, Algerien; Ali Shami, Libyen; Mohamed Gigiq, Algerien; Nasser Haider, Algerien; El-Haj Massoud, Algerien. Erste Reihe (von links nach rechts): Ahmed Al-Borsaidi, Oman; Mohamed Lotfy, Ägypten; Ibrahim Al-Mjaly, Jordanien; Ahmed Ashaibani, Jemen; Mohamed Bouzaid, IDI-Tunesien; Abdelmoumene Chouiter, Algerien; Edouard Khalil, IDI-Kanada; Ahmed Aunadjela, Präsident der ORKB, Algerien; Mohamed Ben Abda, IDI-Tunesien; Adel Bishai, IDI-Kanada; Fuaad Fareh, Jemen; Zouhair Al-Khattab, Irak; Saidati Ben Hamida, Mauretanien; Benhissa Attajaoui, Marokko; Jamal Mansur, Libyen; Mohamed El-Arab, Algerien; und El-Hady Mohamed, Algerien. ■

Jörg Kandutsch Preis der Obersten Rechnungskontrollbehörden

Der Jörg Kandutsch Preis, der zur Anerkennung bedeutender Leistungen und Beiträge von Obersten Rechnungskontrollbehörden auf dem Gebiet der Finanzkontrolle sowie zur Erinnerung an die Verdienste des ehemaligen Generalsekretärs der INTOSAI, Dr. Jörg Kandutsch, gestiftet wurde, wird anlässlich des nächsten Kongresses der INTOSAI in Washington erneut verliehen werden.

Alle Mitglieder der INTOSAI werden hiemit eingeladen, ihren Kandidaten für den Preis zu nominieren und dem Generalsekretariat in Wien mitzuteilen. Für jede Nominierung ist eine Begründung erforderlich, in der die Verdienste und Beiträge des nominierten Kandidaten in folgenden Bereichen aufgezeigt werden sollen:

- organisatorische Struktur, sowie die Entwicklung und Anwendung neuer Arbeitsmethoden;
- positive Ergebnisse, die bei der Einführung guter Systeme zur Kontrolle der öffentlichen Einnahmen und Ausgaben erzielt wurden;
- Beiträge und Hilfeleistungen an andere Mitgliedstaaten der INTOSAI.

Der Preis wird verliehen für Leistungen oder Beiträge in den drei Kalenderjahren vor dem INTOSAI Kongreß (1989, 1990, 1991). Eine Selbstnominierung der Mitgliedsbehörden ist nicht möglich.

Bitte senden Sie Ihre Nominierung bis zum 30. Mai 1992 an das Generalsekretariat der INTOSAI, Rechnungshof, Dampfschiffstraße 2, 1033 Wien, Österreich.

Die Kandidaten werden von einem Jurorenkomitee bewertet, das gemäß den Beschlüssen der 35. Präsidialtagung, die 1991 in Washington stattfand, aus den ORKB von Costa Rica, den Philippinen und dem Generalsekretariat zusammengesetzt ist.

ARTIKEL

- Gründung einer europäischen Regionalorganisation: EUROSAI vertritt 31 Oberste Rechnungskontrollbehörden, Jänner, S. 8
ILACIF feiert sein 25jähriges Bestehen, Jänner, S. 12
Vierzehnte Konferenz der Leiter der ORKB in den Commonwealthstaaten, Jänner, S. 15
Jahreskonferenz des Internationalen Konsortiums für staatliche Haushalts- und Wirtschaftsführung, Jänner, S. 19
Axel Nawrath, Die Auswirkungen der deutschen Einheit auf die Finanzkontrolle, April, S. 9
Muhammed Akram Khan, China-Pakistan: Seminar über die Bewertung der internen Kontrolle, April, S. 12
Tagung der Leiter der ORKB der südafrikanischen Region, April, S. 14
ORKB Irland, Prüfung der staatlichen Wirtschaftsführung, April, S. 15
Henry McCandless, Die elfte Konferenz der CCAF brachte Prüfer und Führungskräfte im öffentlichen Dienst zusammen, April, S. 18
Lu Peijian, Fortschritt in Einigkeit: Ein Bericht über die 5. ASOSAI-Konferenz, Juli, S. 6
Peter Nilsson, Die Qualität der Informationen in den staatlichen Datenbanken, Juli, S. 10
Javier Castillo Ayala, Die Herausforderung, die die Finanzkontrolle der Staatsschuld darstellt, Juli, S. 13
2. CAROSAI Kongreß in Barbados, Oktober, S. 6
ORKB Jamaika, Prüfung der Staatsschuld, Oktober, S. 9
ORKB Israel, Kontrolle öffentlich rechtlicher Kreditinstitute und Versicherungsgesellschaften in Israel, Oktober, S. 12

LEITARTIKEL

- Leitartikel, Jänner, S. 1
Leitartikel, April, S. 1
INTOSAI-Richtlinienausschüsse: Die Zusammenarbeit trägt Früchte, Juli, S. 1
Neue Regeln für die Staatliche Finanzkontrolle, Oktober, S. 1

LÄNDERPROFIL

- Ungarn, Jänner, S. 22
Indien, April, S. 20
Belgien, Juli, S. 17
Costa Rica, Oktober, S. 15

INTOSAI Intern

- Regionalorganisationen und von der IDI mitveranstaltete Fortbildungsprogramme, Jänner, S. 26
XIV INCOSAI USA 92, April, S. 24
Veranstaltung eines Seminars für Ausbildungsleiter durch die AFROSAI und IDI, April, S. 25
Ankündigung des Zweiten Kongresses der Leiter der ORKB des Südpazifik, April, S. 25
Generalsekretariat veröffentlicht Circular, April, S. 25
Tagung des Präsidiums der OLACEFS in Mexiko City, Juli, S. 22
Der Richtlinienausschuß für die externe Finanzkontrolle schließt seine Arbeit ab, Juli, S. 23
XIV INCOSAI USA 92, Juli, S. 23
Veröffentlichung der wichtigsten Aktivitäten des Generalsekretariates im Circular, Oktober, S. 19
ASOSAI bietet Fortbildungsprogramme, Oktober, S. 19

KURZMITTEILUNGEN

- | | | |
|----------------------------------|---|--|
| Bahamas, April, S. 3 | Jemen, Juli, S. 3 | Simbabwe, Jänner, S. 6 |
| Bolivien, Jänner, S. 3 | Kanada, Jänner, S. 5; Juli, S. 3 | St. Kitts und Nevis, Juli, S. 4 |
| Cayman Inseln, April, S. 3 | Libyen, April, S. 4 | St. Vincent und die Grenadinen, April, S. 7 |
| China, April, S. 3 | Malta, Juli, S. 3 | Thailand, April, S. 7 |
| Dänemark, Oktober, S. 3 | Mexiko, April, S. 5 | Türkei, Oktober, S. 5 |
| Deutschland, Jänner, S. 3 | Nepal, Oktober, S. 3 | UDSSR, Oktober, S. 5 |
| Dominika, Juli, S. 2 | Neuseeland, Oktober, S. 4 | Uruguay, April, S. 7 |
| Frankreich, Jänner, S. 4 | Niederlande, April, S. 5; Oktober, S. 4 | Vereinigtes Königreich, Juli, S. 4 |
| Guyana, April, S. 3 | Norwegen, April, S. 6 | Vereinigte Staaten, Jänner, S. 6; April, S. 8 |
| Hong Kong, April, S. 4 | Pakistan, Jänner, S. 3; April, S. 6 | Zypern, Oktober, S. 5 |
| Indien, Oktober, S. 3 | Polen, Oktober, S. 4 | Deutschland und die Vereinigten Staaten,
Jänner, S. 6 |
| Irland, Jänner, S. 4 | Portugal, Oktober, S. 4 | Nordatlantikpakt Organisation, Juli, S. 4 |
| Israel, Juli, S. 2 | Sambia, Juli, S. 4 | Vereinte Nationen, Jänner, S. 7 |
| Japan, Juli, S. 2; Oktober, S. 3 | Schweden, April, S. 7 | |